SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 227 HERBST 2024 € 1

Trumps Rückkehr

DER TOD DES LIBERALISMUS

Folgender Artikel erschien zuerst als Spartacist-*Extrablatt am 7. November.*

Donald Trumps erneute Wahl zum US-Präsidenten markiert den Todesstoß für die liberale postsowjetische Ordnung. Das amerikanische

von G. Perrault

Imperium ist nicht besiegt, und der Liberalismus ist als politische Kraft nicht am Ende. Aber als die dominierende Ideologie der herrschenden Klassen des westlichen Imperialismus ist der Liberalismus tot.



UPI



F. Andrieu/Agencepeps



Bernd von Jutrczenka/DPA

Kein Niederknien mehr für Black Lives Matter, keine weinenden liberalen Premierminister mehr, keine Selfies mehr mit Flüchtlingen

2024 ist nicht 2016. Damals wurde die Wahl von Trump als Ausrutscher gesehen. Sie rief eine frenetische Reaktion der Liberalen hervor, die den Status quo und seine angeblich fortschrittlichen Werte mit aller Macht verteidigten. 2020 wurde Trump von Biden besiegt, und die populistischen

Fortgesetzt auf Seite 21

Ampel am Ende – Rechte im Anmarsch

Was tun?

Ein Tag nach Trumps Erdrutschsieg in den USA war auch endlich Schluss für die Ampel – lange erwartet und von der riesigen Mehrzahl der Arbeiter und der ganzen Bevölkerung herbeigewünscht. Die NATO-Kriegstreiber in der SPD-Führung und von Grünen und FDP müssen natürlich weg. Das Problem ist, dass keineswegs die Arbeiter in der Offensive sind im Kampf, ihre Lebensumstände zu verbessern, sondern dass stattdessen einzig und allein die Rechten aus der aktuellen Krise profitieren.

Mit einer Trump-geführten US-Weltmacht, die darum kämpft, ihre Vormachtstellung koste es was es wolle zu verteidigen, werden die deutschen Imperialisten noch mehr unter Druck kommen. Ob nun der Handelskrieg gegen China, der die Profite von VW, Siemens und Co. noch weiter reduzieren wird, oder der erhöhte Druck, die Militärausgaben massiv hochzuschrauben: Konfrontiert mit dieser Realität

Fortgesetzt auf Seite 2

Inhalt

SPARTAKIST 

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Philipp Clyde
Herausgebende Redakteurin: Renate Müller
Produktionsleiterin: Nadja Dostal
Vertriebsleiterin: Barbara Köhler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 2 35 55,
10127 Berlin, E-Mail: spartakist@online.de | Tel.: (0 30) 4 43 94 00

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel und Briefe entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 13353 Berlin
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb
Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
ISSN 0173-7430
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. November 2024

Nr. 227 Herbst 2024

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin), Geschäftsführer, 33%; Jill Vyse (Berlin), Journalistin, 33%; Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

Ampel am Ende...

Fortsetzung von Seite 1

hat das deutsche Kapital eine Antwort, und die heißt noch mehr Angriffe auf die Arbeiter und alle Unterdrückten.

Die Ampel-„Fortschrittskoalition“ war 2021 angetreten mit dem Anspruch, den deutschen Imperialismus für ein Jahrzehnt zu führen in Kontinuität zu den Merkel-Jahren, mit liberalen Positionen wie Anti-Rassismus, dem Recht auf Cannabis und auf Geschlechtsumwandlung als progressivem Anstrich für die wirtschaftliche Plünderung der Arbeiter hier und in Ost- und Südosteuropa. Genau diese Weltordnung – dominiert durch die USA und ihre alles überragende militärische Macht – funktionierte lange extrem gut für den deutschen Imperialismus. Billige Energie aus Russland und offene Märkte für deutsche Waren, insbesondere in China: Damit ist es jetzt vorbei und genau das hat den deutschen Imperialismus in eine sich verschärfende Krise gestürzt. Das ist der Hintergrund für das jahrelange Taumeln der Ampel-Regierung am Abgrund.

Trumps Wahl zeigt, dass der Liberalismus als vorherrschende Ideologie der imperialistischen herrschenden Klassen erledigt ist. Und das Aus der Ampel bestätigt, dass das deutsche Kapital auch nicht mehr so weitermachen kann wie bisher: Alle rechnen mit einem nächsten Kanzler Merz, der noch schärfere Aufrüstung, sozialen Kahlschlag und Angriffe auf die Arbeiter verspricht. Um die Krise der liberalen Weltordnung und auch die politische Krise in Deutschland im Interesse der Arbeiter auszunutzen, ist die entscheidende Frage für jeden Linken, Sozialisten und Kämpfer für die Arbeiter: ***was tun?***

Es ist klar, wir brauchen eine unabhängige Antwort der Arbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten. Aber wie kommen wir dahin? Um das zu beantworten, müssen wir die jetzige Lage verstehen und wie wir hierhin gekommen sind. Seit Ausbruch des Ukrainekrieges hat die Ampel-Regierung unter Führung der SPD für die deutschen Kapitalisten die Aufgabe erfüllt, den NATO-Kriegskurs gegen Russland, die verheerenden Sanktionen, die Aufrüstung und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführer stehen voll hinter dem NATO-Kurs und haben alles dafür getan, der SPD und der Regierung im Krieg den Rücken freizuhalten.

Jeder einzelne Streik in den letzten zweieinhalb Jahren wurde in vorauseilendem Gehorsam abgewürgt, ausgebremst oder ausverkauft. Nachdem die verhasste Ampel endlich gefallen war, hat dann die IG-Metall-Führung ihren Ausverkauf der mächtigen Metaller letzte Woche damit gerechtfertigt, dass man in der aktuellen Situation für Stabilität sorgen müsse. Und auch die Führung der Linkspartei hat sich vollkommen in die „Solidarität mit der Ukraine“ und jüngst erneut in die deutsche Staatsräson zur Unterstützung des zionistischen Staates eingereiht. Keine Überraschung also, dass es, als schon jeder Arbeiter sich auf das Ampel-Aus gefreut hatte, die Co-Vorsitzende der Linkspartei Schwerdtner war, die die Ampel angebettelt hat, doch bitte zusammenzubleiben.

Und so sieht ein Großteil der Arbeiter die Linken zu Recht als Teil des verhassten Status quo und wendet sich aus Wut über die Niederlagen von der Arbeiterbewegung ab und hin zur AfD, denn diese wird als einzige Opposition gegen die unerträglichen Zustände und die verhasste Regierung gesehen. So haben die Führer der Arbeiterklasse in SPD, Die Linke und Gewerkschafen der reaktionären AfD den Weg gebahnt. Zwar steht Wagenknecht gegen den Kriegskurs und die Sanktionen, aber sie hat es abgelehnt, einen Kampf zu führen gegen die NATO oder gegen die beinharte Israel-Unterstützung der deutschen Imperialisten. Deshalb

Fortgesetzt auf Seite 20

VW: Lüge der Sozialpartnerschaft geplatzt

Kämpfen wir für einen Kurswechsel der IG Metall!

Der abgeschlossene Pilottarif zwischen IGM-Führung und Metall-Bossen ist ein Schlag ins Gesicht aller Metall-Arbeiter. Die Schnelligkeit des Abschlusses und das Verfahren, ein Ergebnis ohne Abstimmung der Arbeiter festzuzurren, zeigen überdeutlich, dass die IGM-Führung einen Kampf gegen die brutalen Angriffe der Kapitalisten verhindern will. Vor allem auch den gemeinsamen Kampf aller Metaller, d. h. zusammen mit den VW-Arbeitern, die gerade in die Knie gezwungen werden sollen.

Der vereinbarte Lohnraub, der sich mit dem jetzigen Abschluss noch verschärft, bahnt weiteren Angriffen den Weg. Und es geht nicht nur um das Geld. Sofort kündigten Bosse in der Autozulieferindustrie den Rausschmiss tausender Arbeiter an. Die VW-Arbeiter sollen nach Jahrzehnten der Sozialpartnerschaft gefälligst die Schließung ihrer Betriebe, Lohnsenkungen im Minusbereich von 20 Prozent schlucken – und dies mithilfe der IGM-Führung! Wir sagen nein! Es ist notwendig, in allen Betrieben zur Solidarität mit den VW-Arbeitern aufzurufen, zusammen gegen die Entlassungen zu kämpfen und so eine gemeinsame Front der Metaller zu schaffen. Wir brauchen den Kurswechsel für eine kämpferische IG Metall. Nachfolgend drucken wir das *Spartakist*-Flugblatt vom 24. Oktober ab.

* * *



IG Metall

Hannover, 23. September: Vor Tausenden Metallarbeitern beschwören VW-Betriebsratsspitzen die angeblichen Vorzüge der Sozialpartnerschaft

Die VW-Bosse haben den Arbeitern den Krieg erklärt. Die IGM-Führung hat erbitterten Widerstand angekündigt. Das ist absolut notwendig. Natürlich müssen die Metaller jeden Streik und jede Aktion der Gewerkschaft aktiv unterstützen. Aber das wird nicht reichen. Um diesen Angriff zurückzuschlagen und die Deindustrialisierung zu stoppen, müssen wir für einen Kurswechsel der Gewerkschaft kämpfen – für einen Bruch mit der Sozialpartnerschaft, die die Arbeiter erst in diese Lage gebracht hat!

Seit Jahrzehnten trichtert die Gewerkschaftsführung vor allem den Facharbeitern in der Exportindustrie die Lüge ein, dass die Zusammenarbeit mit den Bossen der Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze sei. In Wahrheit wurden die Bedingungen der Arbeiter und die Macht der Gewerkschaften stückweise zugrunde gerichtet. Mit Unterstützung der Gewerkschaftsführer und Betriebsräte wurden überall Leiharbeit und Werkverträge im großen Stil eingeführt. Die ostdeutschen Kollegen sind bis heute schlechter gestellt. Kollegen ohne deutsche Staatsbürgerschaft schuften zu den schlimmsten Bedingungen, sind rassistischer Hetze ausgesetzt und von Abschiebung bedroht. Mithilfe der EU wurden ganze Betriebe ins Ausland verlagert. Und in einem Betrieb wie VW existieren hunderte verschiedene Tarifverträge!

Diese Spaltung hat den Bossen enorm dabei geholfen, die Profite der Exportindustrie zu sichern. Ein Teil dieser Profite wurde benutzt, um den Niedergang der Facharbeiter und der Stammbelegschaften etwas abzumildern. Oder anders ausgedrückt: sozialer Frieden für ein bisschen mehr Geld. Für diese Art der Bestechungspolitik haben die Bosse nun keinen Spielraum mehr. Das Modell Deutschland – billige russische Energie, kaum Militärausgaben und massive Exporte in weltweit offene Märkte – ist am Ende. Die Angriffe auf die Leiharbeiter und die befristet Beschäftigten haben den Boden bereitet für die jetzt bevorstehenden

- ➜ **Bereiten wir den gemeinsamen Kampf <u>aller</u> Metaller vor!**
- ➜ **Verteidigen wir <u>jeden</u> Arbeitsplatz und <u>jedes</u> Werk!**
- ➜ **Weg mit Leiharbeit und Werkverträgen! Festanstellung und <u>ein</u> Tarifvertrag für alle!**
- ➜ **Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**
- ➜ **Keine Unterstützung für NATO, Waffenlieferungen, Sanktionen!**

Angriffe auf die Stammbelegschaft von VW.

Die IGM-Führung wird sagen: Die Krise lässt uns keine andere Wahl. Doch! Es ***ist*** möglich, den Angriff zurückzuschlagen, aber das erfordert eine harte Konfrontation mit den Kapitalisten und der Regierung. Das läuft allem zuwider, wofür die IGM-Führung steht. Seit Jahrzehnten marschiert sie, an der Seite der SPD-Führung, im Gleichschritt mit den Kapitalisten und unterstützt ihre grundlegenden Ziele: ob in der Pandemie, im Krieg oder bei der grünen Transformation. Genauso wie die Sozialpartnerschaft im Betrieb preist sie dieses Bündnis mit den deutschen Kapitalisten als Garant für Wohlstand, Fortschritt und Frieden – und verhindert so den unabhängigen Kampf der Arbeiter für ihre eigenen Interessen.

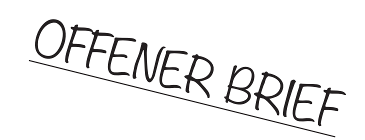
Wie jetzt im Ukrainekrieg. Die deutschen Kapitalisten haben sich voll dem NATO-Kurs verschrieben – und die Führer von SPD und Gewerkschaften drücken diesen Kurs durch. Sie unterstützen die Kriegsziele der NATO, Waffenlieferungen und eine Politik, die die Arbeiter und die Industrie in den Ruin treibt, wie die Sanktionen gegen Russland. Jeder Streik in den letzten zwei Jahren wurde ausverkauft, um der Regierung im Krieg den Rücken freizuhalten. Schluss mit dem Burgfrieden! Die Arbeiter brauchen eine Führung, die gegen die NATO und den deutschen Imperialismus kämpft!

Jetzt sollen die Industrien abgewickelt werden, die von den Kapitalisten als nicht profitabel genug erachtet oder durch den NATO-Kurs an die Wand gefahren werden. Die politisch verordnete Klimaneutralität, die Abkehr von russischem Gas und Öl und das Zwangs-Aus für den Verbrenner sind ein Angriff auf die Lebensbedingungen aller Arbeiter. Die grüne Ideologie – dass die Arbeiter Opfer bringen müssen, um zusammen mit den Kapitalisten das Klima zu retten – soll diesem Wahnsinn einen progressiven Anstrich verleihen und wird von den IGM-Führern voll mitgetragen.

Mit dem Kurs der IGM-Führung steuern die Arbeiter direkt auf eine Niederlage zu. Mit dem Vorschlag einer 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich wurde den Bossen schon ein großes Zugeständnis gemacht. Auch die Tarifrunden VW und Metall werden weiter getrennt gehalten. Richtet euch an Betriebsräte und Vertrauensleute: Fordert ***Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen überall***, um alle Metaller auf den Kampf vorzubereiten, die Tarifrunden miteinander zu verbinden und Druck zu machen für einen Kurswechsel!

Schluss mit Sozialpartnerschaft! Nehmen wir den Kampf gegen Bosse und Regierung auf! ■

Ferat Koçak, du musst dich entscheiden:
Linke Opposition oder linkes Feigenblatt?



Dieser Brief vom 24. November wurde uns von Genossen des Antiimperialistischen Pols in Der Linken Neukölln übergeben.

Lieber Genosse Ferat Koçak,

deine Kandidatur für den Bundestag wird von vielen Linken und Palästina-Aktivisten positiv aufgenommen. Auch wir denken, dass deine Kandidatur ein Hebel sein könnte, um den Kampf gegen Imperialismus und für Palästina voranzubringen. Du hast angekündigt, im Wahlkampf für einen Waffenstillstand und gegen den Völkermord in Gaza einzutreten. Viele deiner richtigen Positionen und Aktionen stehen klar im Widerspruch zur Linie der Parteiführung, die auf der Seite des deutschen Imperialismus, der NATO und Israels steht. Wie wir schon auf der Mitgliederversammlung der Linken Neukölln am 16. November erklärten, musst du dich jetzt entscheiden zwischen deinen richtigen Positionen und der Loyalität zur Parteiführung. Was soll dein Wahlkampf sein: eine linke Opposition, die nur gegen die pro-imperialistische und pro-zionistische Führung der Linken aufgebaut werden kann – oder aber ein linkes Feigenblatt für den Kurs der Führung?

Beim Linke-Parteitag in Halle hätte die Chance bestanden, den Kurs der Partei umzudrehen – aber dort hast du ***nicht*** für eine linke Opposition und ***nicht*** für eine klare pro-palästinensische Position gekämpft. Du warst maßgeblich daran beteiligt, den Kompromiss-Antrag beim Bundesparteitag in Halle durchzubringen und den Frieden in der Partei nicht zu gefährden – und hast sogar grünes Licht dafür gegeben, den Antrag für Solidarität mit dem Neuköllner Genossen Ramsis Kilani zurückzuziehen, der auf Initiative der pro-zionistischen Hetzer mit Parteiausschluss bedroht ist. Auch in deiner Rede hast du alle kontroversen Fragen und das Thema Palästina komplett ausgeklammert.

Schon bei der Neuköllner Mitgliederversammlung am 22. September fand eine Aussprache über den Zustand der Partei und den Kurs der Linken Neukölln statt. Wir Unterstützer des Antiimperialistischen Pols in der Linken hatten einen Antrag eingereicht (siehe Seite 6), der die antiimperialistischen und pro-palästinensischen Kräfte in der Linken dazu auffordert, den schönen Worten endlich Taten folgen zu lassen und den Kampf aufzunehmen: gegen die Pro-Imperialisten in den eigenen Reihen, gegen den NATO-Kurs und die Sanktionen und gegen die anti-palästinensische Staatsrepression, insbesondere zur Verteidigung von Samidoun und der Islamischen Zentren. Er wurde mit großer Mehrheit ***abgelehnt***. Auch du hast nicht für den Antrag gestimmt. Als in einem Diskussionsbeitrag sogar die Repression gegen die Islamischen Zentren und die imperialistische Aggression gegen den Iran gerechtfertigt wurden, hörte man kein Wort von dir. Auch von den zahlreichen Unterstützern von marx21, die den Bezirksverband politisch dominieren, kam kein Pieps dagegen, obwohl sie sich sonst für Palästinenser und Muslime einsetzen.

Die Zustimmung zu diesem Antrag – der nicht mehr und nicht weniger fordert als einen Kampf gegen die NATO und für Palästina – hätte zweifelsohne eine harte Konfrontation mit der Parteispitze nach sich gezogen. Und genau dieser Konfrontation gehst du und geht der Vorstand der Linken Neukölln immer wieder aus dem Weg (siehe auch „Welchen Weg vorwärts für die Palästina-Bewegung?“, Seite 26). Stattdessen wurde ein Antrag verabschiedet, der keinerlei Kritik am Kurs der Partei enthält. Als Vorbild für deinen Neuköllner Wahlkampf dient die Kampagne von Nam Duy Nguyen aus Leipzig, der bei der Landtagswahl in Sachsen ein Direktmandat geholt hat. Nam Duy verlor in seiner Kampagne kein Wort über Gaza und den Ukrainekrieg, seine ganze Kampagne war vollkommen akzeptabel für den rechten sächsischen Landesverband – und bescherte diesem schließlich den Wiedereinzug in den Landtag.

Dieser Kompromiss-Linie bist du auch am 16. November treu geblieben, weshalb wir als einzige gegen dich gestimmt haben. Der Kampf für die Freiheit Palästinas erfordert einen politischen Kampf gegen die pro-zionistischen Führer der Arbeiterbewegung – auch in der Linken. Wenn du bereit bist, diesen Kampf aufzunehmen, werden wir deinen Wahlkampf mit voller Kraft unterstützen – und auch alle anderen pro-palästinensischen und antiimperialistischen Linken dazu auffordern. Wenn nicht, dann muss die linke, antiimperialistische Opposition in Neukölln auch gegen ***deine*** Kandidatur aufgebaut werden. ■

Bundesparteitag *Die Linke* in Halle

SPD oder Palästina?

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges treibt die Partei Die Linke unaufhörlich in Richtung SPD. Der Bundesparteitag in Halle (18.–20. Oktober) hätte eine Chance eröffnet, diesen Kurs umzudrehen. Eine Woche zuvor, beim Berliner Landesparteitag, hatte der pro-zionistische Rechtsaußenflügel um Klaus Lederer eine Offensive gestartet und der Partei Kapitulation vor dem „Antisemitismus" vorgeworfen – exakt die Propaganda des deutschen Imperialismus, mit der jede Kritik an Israel ausgemerzt und die anti-palästinensische Repression gerechtfertigt werden soll.

Wir Spartakisten wandten uns in dieser polarisierten Situation an alle Delegierten des Bundesparteitags und unterbreiteten den Vorschlag für einen Initiativantrag, wie wir uns der pro-zionistischen Offensive jetzt entgegenstellen und den Kampf gegen die NATO und für Palästina voranbringen können (siehe Seite 6). Wir machten klar, dass Die Linke sich entscheiden muss: SPD oder Palästina? Die entscheidende Aufgabe für die Linken ist der Aufbau eines antiimperialistischen Pols in der Arbeiterbewegung, der endlich den Kampf gegen die pro-imperialistischen und pro-zionistischen Arbeiterführer aufnimmt – auch in den Reihen der Linkspartei.

Von der neuen Parteiführung und namhaften Vertretern der Parteilinken – etwa der Kommunistischen Plattform und von Ferat Koçak – wurde jedoch schon am ersten Sitzungstag bis in die Abendstunden an einem „Kompromiss"-Antrag gefeilt, der die Wogen glätten und eine eindeutig pro-palästinensische Position vermeiden sollte. Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen – im selben Atemzug wurden bürokratisch alle anderen Anträge zu Palästina von der Tagesordnung gefegt, und zwar mit Einverständnis der Parteilinken.

Die wichtigste Aktion gegen diese Kapitulation kam hauptsächlich von außerhalb. Am Samstag fand vor dem Parteitagsgebäude eine kämpferische Kundgebung des Palästina-Netzwerkes Handala aus Leipzig statt, die sich gegen den pro-zionistischen Kurs der Linkspartei richtete. Handala schilderte, wie die Landtagsabgeordnete Juliane Nagel aus Leipzig und die inzwischen ausgetretene Henriette Quade aus Halle gegen Palästina-Aktivisten vorgegangen waren, sie attackiert und mit Polizeiterror bedroht hatten. Es ist ein Armutszeugnis, dass eine linke Partei solche Typen in ihren Reihen duldet. Die übergroße Mehrheit der Delegierten blieb der Kundgebung von Handala fern. Neben Sozialismus von unten, der Revolutionären Linken und der Sozialistischen Organisation Solidarität nahmen auch wir an der Kundgebung teil. Auch Ferat Koçak war da. Unser Genosse Philipp kritisierte in seiner Rede die Rolle der Parteilinken, ohne die der Kompromiss nicht durchgekommen wäre.

Die Parteilinke feiert den Kompromiss-Antrag als Schritt in die richtige Richtung, weil er die schlimmsten Positionen des rechten Flügels nicht übernommen hat, Kritik an der israelischen Regierung enthält und das Wort Völkermord erwähnt. Das bringt ihre ganze bankrotte Perspektive und ihre Kapitulation vor der Parteiführung auf den Punkt: Jedes Mal, wenn die offen pro-imperialistischen und pro-zionistischen Kräfte zum Angriff blasen, geht der linke Flügel einem scharfen Kampf gegen diese Kräfte aus dem Weg. Die Parteiführung (erst Wissler/Schirdewan, jetzt van Aken/Schwerdtner) und ihre Entourage übernehmen zwar nicht die krassesten Forderungen von rechts, aber tun in der Praxis alles dafür, einen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und gegen seine Unterstützung für die Ukraine und Israel zu verhindern. Unterstützer der Kommunistischen Plattform brachten uns gegenüber ihre Rolle als Parteikleber unverblümt auf den Punkt: „Ohne uns gäbe es die Linkspartei nicht mehr."



Spartakist

Halle, 19. Oktober: Protest gegen pro-zionistischen Kurs der Linkspartei-Führung

Die Parteilinke war es, die die neue Parteiführung in den Sattel gehoben hat. Einige der schlimmsten Pro-Zionisten wie Lederer und Quade haben die Partei zwar mittlerweile verlassen – worüber wir nur froh sein können –, aber die Linkspartei bewegt sich weiter in Richtung SPD. Ines Schwerdtner forderte die Ampel noch am Tag des Zusammenbruchs zum Weitermachen auf. Die Bundestagsabgeordneten der Linkspartei enthielten sich bei der „Antisemitismus"-Resolution im Bundestag und bekannten sich erneut zur deutschen Staatsräson. Jan van Aken reiste in die Ukraine und beschwor dort, dass man den Druck gegen Russland erhöhen muss, damit die Ukraine gewinnt. Die organisierten linken Kräfte in der Linkspartei sind bisher nicht dazu bereit, den Kampf gegen diese Führung aufzunehmen. Wir lassen nicht locker und werden diesen Kampf weiterhin führen.■

Wenn ihr mit uns diesen Kampf führen wollt, kontaktiert den Antiimperialistischen Pol!

X @Antiimp_pol   antiimp@proton.me   aip_antiimppol

Ziehen wir die Lehren aus den Landtagswahlen, letzte Chance für Die Linke:

Keine Unterstützung für NATO, Ukraine, Israel!

Für eine linke, antiimperialistische Opposition!

Wir veröffentlichen hier den Antrag von Unterstützern des Antiimperialistischen Pols, der bei den Mitgliederversammlungen in Neukölln am 23. September und in Hamburg-Nord am 3. November eingereicht wurde. Wir Spartakisten verteilten ihn auch als Vorschlag für einen Initiativantrag beim Bundesparteitag in Halle.

Die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen sind eine schallende Ohrfeige für Die Linke. Wir müssen feststellen: Diese war berechtigt und keine Überraschung. Im Gegensatz zur reaktionären AfD wird Die Linke nicht als Opposition gegen die Ampelregierung wahrgenommen – weil sie auch keine ist. Zwar steht Die Linke auf dem Papier weiterhin gegen NATO und Waffenlieferungen, aber die Praxis der Parteiführung seit Ausbruch des Ukrainekrieges, bestätigt auf dem Erfurter Parteitag 2022, steht dem entgegen. Jede Opposition zum NATO-Kriegskurs in der Ukraine und zum israelischen Völkermord gegen Palästina wurde mundtot gemacht. Die Linke hat sich eingereiht in die „Solidarität mit der Ukraine“ und in die deutsche Staatsräson zur Unterstützung Israels. Diese Politik ist nicht nur verbrecherisch, sondern bedeutet auch den Niedergang der Partei.

Der Bundesparteitag in Halle läuft auf ein „Weiter so“ hinaus – in Richtung SPD. Der Leitantrag betont die Wichtigkeit der sozialen Frage. Natürlich müssen wir die Angriffe auf die Arbeiterklasse zurückschlagen und für soziale Reformen kämpfen! Aber das ist nur möglich mit einer Politik, die den Kampf gegen den deutschen Imperialismus in den Mittelpunkt rückt. Wir müssen einen antiimperialistischen Pol aufbauen gegen die pro-imperialistische Führung von SPD und Gewerkschaften – und in der eigenen Partei. Kein Frieden mehr mit den pro-imperialistischen Kriegstreibern wie Ramelow und Lederer! Nur so können wir auch den Aufstieg der reaktionären AfD stoppen.

- Keine Unterstützung für NATO, Ukraine und Israel! – Die Linke duldet fortan niemanden in ihren Reihen, der Partei für die NATO oder für Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel ergreift!
- Stopp aller Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel! – Die Linke kämpft in den Gewerkschaften dafür, dass die Waffenlieferungen durch Arbeiteraktionen gestoppt werden!
- Weg mit allen Sanktionen gegen Russland! Lasst russisches Öl und Gas rein! – Die Linke bekämpft alle Sanktionen als Maßnahmen imperialistischer Aggression und Angriffe auf die Werktätigen in Russland und Deutschland!
- Weg mit dem Verbot von Samidoun, PFLP und jeder anderen palästinensischen Organisation! – Die Linke wird Teil davon sein, einen breiten Protest von linken und palästinensischen Organisationen gegen die antipalästinensische Staatsrepression aufzubauen!
- Gegen die Schließung des Islamischen Zentrums Hamburg sowie des Islamischen Zentrums Fürstenwalde! – Die Linke nimmt Kontakt zu den Zentren auf und organisiert gemeinsame Verteidigungsaktionen!

Nein zum Parteiausschluss von Ramsis Kilani!

Die pro-zionistische Führung der Linkspartei will den Palästina-Aktivisten Ramsis Kilani aus der Partei ausschließen. Lasst uns diesen Angriff gemeinsam zurückschlagen!



Unterzeichnet die Petition gegen den Ausschluss:

neinzumausschluss.wordpress.com

Was ist der Klassencharakter von China?

Debatte zwischen

- *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands*
- *Revolutionary Communist International Tendency*
- *Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands*

Samstag, 18. Januar, 16 Uhr

ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

DKP schaffte den Wahlantritt in Brandenburg!

Mit vereinten Kräften gelang es, genügend Unterschriften für den Wahlantritt der DKP zur Landtagswahl in Brandenburg am 22. September zu sammeln.

Untenstehendes Spartakist-*Flugblatt vom 15. Juli wurde vor Betrieben und in Arbeitervierteln verteilt – auch von den Genossen der DKP selbst.*



uz/Susanne Steinhardt

Brandenburg, 24. Juli: Infotisch mit DKP-Direktkandidatin Marion Baur (dritte von links) unterstützt von Spartakisten

Die kommenden Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stehen im Zeichen des Aufstiegs der reaktionären AfD. Diese wird von vielen als einzige Opposition gegen den Kriegskurs und das gesamte, zurecht verhasste, politische System wahrgenommen. Besonders im Osten Deutschlands – in Schwedt/Oder, Lubmin und vielerorts – treffen die verheerenden Russland-Sanktionen die Wirtschaft und Arbeiterklasse mit voller Wucht und werden zu weiterer Deindustrialisierung führen. Die Regierungsparteien und die Pro-NATO-Linken beschwören umso energischer den gemeinsamen „Kampf gegen rechts" und wollen uns weismachen, dass die Arbeiter erneut das Übel wählen sollen, das für ihre Misere verantwortlich ist und die AfD erst groß gemacht hat.

Die Arbeiter sollen nicht die Wahl zwischen Pest und Cholera haben – wir brauchen dringend eine linke Opposition der Arbeiterklasse! Die Partei Die Linke und das BSW sind bei dieser Wahl **keine** Alternative für die Arbeiter. Die LINKE-Führung hat sich vollkommen dem NATO-Kriegskurs in der Ukraine und der Unterstützung für Israel angeschlossen. All ihr Gerede gegen Aufrüstung und die unsoziale Politik der Ampel ist daher nichts als Betrug. Auch Sahra Wagenknecht und BSW bieten keinen Ausweg. Zwar stehen sie gegen den NATO-Kriegskurs in der

Fortgesetzt auf Seite 19

Zur Landtagswahl riefen wir auf:

Keine Stimme für SPD, LINKE, BSW! Wählt DKP!

- **Gegen NATO! Freiheit für Palästina!**
- **Keine Unterstützung, keine Waffen für Ukraine und Israel!**
- **Weg mit den Sanktionen gegen Russland und Iran! Lasst russisches und iranisches Gas und Öl rein! Nehmt NordStream in Betrieb!**
- **Kämpft gegen alle Betriebsschließungen und Entlassungen! Für die Reindustrialisierung Ostdeutschlands!**

Hochgeschätzte Hilfe

Leserbrief an *unsere zeit* von Marion Baur, DKP Lauchhammer

Dieser Leserbrief wurde am 16. August in unsere zeit *(*UZ, *Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei) abgedruckt. Marion bezieht sich auf zwei* UZ*-Artikel: „Die Menschen haben Angst vor Krieg" und „Brandenburger knacken Hürde",* UZ *vom 2. und 9. August.*

In beiden Artikeln wurde eine wesentliche Aussage meinerseits weggelassen oder aus Platzgründen rausgestrichen: Neben der hochgeschätzten Hilfe von „auswärtigen" Genossen, SDAJ-Mitgliedern et cetera beim Unterschriftensammeln kam ganz wesentliche Unterstützung von Mitgliedern der Gruppe „Spartakist-Arbeiterpartei!" An mehreren Tagen reisten diese Genossinnen und Genossen aus Berlin an, halfen unermüdlich beim Sammeln dort, wo wir ihre Hilfe anforderten, so in Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder, Lübben und Potsdam. Sie halfen uneigennützig, legten keinen Wert auf Selbstdarstellung und fügten sich sehr gut in unser Kollektiv ein. Außerdem verteilten sie selbst einen guten Aufruf: „Unterstützt den Wahlantritt der DKP" an mehreren Betrieben.

Wir waren beim Meistern der schwierigen undemokratischen Hürde, fast 2.500 Unterschriften sammeln zu müssen, sehr angetan von dieser Hilfe, schon alleine menschliche Höflichkeit erfordert es, dies zu erwähnen, auch politisch halte ich es für notwendig – so kann „linke Aktionseinheit" praktisch aussehen. Wir werden auch in der „heißen" Phase des Wahlkampfs Hilfe von den Spartakisten erhalten, so etwa beim Verteilen von 15.000 Wahlprogrammen im Wahlkreis 38, wo ich direkt kandidiere.

Jetzt handeln, sofort! Nigerianischen Demonstranten droht die Todesstrafe

Die Linke und die Gewerkschaftsbewegung müssen aktiv werden zur Verteidigung nigerianischer Aktivisten. Fast 2500 Menschen wurden im August verhaftet, weil sie an den #EndBadGovernance-Protesten gegen die Hungerpolitik der Regierung von Bola Tinubu teilgenommen hatten. Mehr als 40 wurden von Sicherheitskräften erschossen, und viele der Verhafteten sitzen immer noch im Gefängnis. Die Gefahr ist groß: Elf von ihnen droht die Todesstrafe wegen der erdichteten Anklage des Hochverrats. Der Prozess gegen sie sollte am 8. November beginnen, wurde aber verschoben. Rund um diesen Tag gab es internationale Proteste von Mexico City über London bis Berlin und Hamburg, unterstützt vom Partisan Defense Committee und seinen Schwesterorganisationen zusammen mit den internationalen Gruppierungen der SAV und SOL sowie anderen. Alle forderten: ***Weg mit den Anklagen, sofort! Freilassung aller verhafteten Demonstranten!*** Jetzt müssen wir den Druck auf die nigerianische Regierung durch weitere Einheitsfront-Aktionen aufrechterhalten und erhöhen. Lest hier einen Auszug aus dem Aufruf des KfsV vom 19. Oktober:



SOL ISA

Von links: Opaluwa Eleojo Simeon (Regionalbeauftragter der nationalen Elektrizitätsgewerkschaft), Michael Lenin Adaramoye (Nationaler Koordinator der Jugendrechtskampagne), Mosiu Sadiq, Daniel Akande (Solidarity Network for Workers' Rights)

Demonstranten wegen Hochverrats angeklagt

Inspiriert durch den Aufstand von Jugendlichen in Kenia im Juli forderten die Demons-

Weg mit dem Skandalurteil gegen Michael Pröbsting!



Bei einer Berufungsverhandlung in Wien hat das österreichische Gericht am 21. August das Skandalurteil gegen Michael Pröbsting, Führer der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz, aufrechterhalten. Im Mai wurde Michael zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er sich standhaft für die Verteidigung der Palästinenser gegen den zionistischen Staat Israel einsetzt. Seine Verurteilung ist eine finstere Bedrohung aller pro-palästinensischen Aktivisten in ganz Westeuropa und ein weiterer Schritt der immer wütenderen Verfolgung pro-palästinensischer Aktivisten. Auch in Deutschland werden diejenigen, die sich gegen den Genozid Israels in Gaza stellen, heuchlerisch als „Antisemiten" beschimpft. Kongresse werden verboten, Studenten, die für Palästina eintreten, werden von den Unis geworfen, Eingebürgerten droht der Entzug der Staatsbürgerschaft und Abschiebung.



Spartakist

Berlin, 24. April: Einheitsfrontprotest von GAM, RCIT, Internationalistische Gruppe/LVI und Spartakist

Das Skandalurteil gegen Michael Pröbsting heißt, dass er jederzeit beim geringsten Anlass ins Gefängnis geworfen werden kann. Die SpAD und die IKL haben international zur Solidarität mit Michael Pröbsting aufgerufen und im Frühjahr Kundgebungen vor österreichischen Botschaften und Konsulaten u.a. in Berlin, London, New York und Mexiko organisiert. Es ist dringend notwendig, sich zur Verteidigung der RCIT und aller Gegner des Völkermordes in Gaza, die ebenfalls der Strafverfolgung ausgesetzt sind, zusammenzuschließen. Verteidigt Michael! Weg mit jeder Repression gegen Palästina-Solidarität! ■


SOL


PDC

8. November: Weltweite Proteste für #EndBadGovernance-Aktivisten in Nigeria wurden von IKL unterstützt; in Berlin (links), aufgerufen von SOL/CWI; in London (rechts) von Socialist Alternative (SAV/ISA), PDC und SL/B

tranten in Nigeria ein Ende der verheerenden wirtschaftlichen Austerität. Um die von der Weltbank, dem IWF und der Afrikanischen Entwicklungsbank aufgezwungenen Schulden zu begleichen, hat die nigerianische Regierung im vergangenen Jahr Treibstoffsubventionen abgeschafft und die Währung abgewertet, was zu einem drastischen Anstieg der Kosten für Lebensmittel, Transport und andere Güter des täglichen Bedarfs geführt hat. Viele Nigerianer waren in einem Land, in dem es so gut wie keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt, auf diese Subventionen angewiesen. In Verbindung mit der galoppierenden Inflation haben die Austeritätsmaßnahmen viele weitere Millionen Menschen in den Hunger getrieben.

Die brutale Unterdrückung des Tinubu-Regimes richtete sich mit drakonischsten Strafen gegen Anführer der Proteste. Sozialistische Aktivisten der Youth Rights Campaign und des Solidarity Network for Workers‘ Rights sind unter denen, die jetzt mit der Todesstrafe bedroht sind. Sie wurden im Gefängnis gefoltert, einige von ihnen wurden gegen harte Kautionsbedingungen freigelassen.

Die Regierung hat den Präsidenten des Nigeria Labour Congress, Joe Ajaero, auf dem Weg zum britischen Gewerkschaftskongress im September festgenommen und so gezeigt, dass sich das brutale Vorgehen gegen die gesamte Arbeiterbewegung richtet. Das Tinubu-Regime hat auch Andrew Wynne (auch bekannt als Drew Povey), der seit Jahren einen arbeiterfreundlichen Buchladen in der NLC-Zentrale betreibt, skandalöserweise beschuldigt, die Regierung stürzen zu wollen. Wynne befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Land, die Polizei führte eine Razzia in der Buchhandlung durch und verhaftete seinen Assistenten Adeyemi Abayomi, dem jetzt auch eine mögliche Todesstrafe droht.

1. **Macht den Fall in den sozialen Medien, Gewerkschaftszeitungen und der Presse weithin bekannt. Durchbrecht die Nachrichtensperre über die Repression.**
2. **Bringt eure Gewerkschaft dazu, gegen diesen Skandal zu protestieren. Briefe wie von der ILWU, Local 10 (siehe QR-Code), sind ein guter Anfang.**
3. **Spendet für die Kampagne an das KfsV. Stichwort: Nigeria. Konto: Werner Brand, IBAN: DE27 1004 0000 0590 1095 00**
4. **Organisiert Demonstrationen und Proteste auf der ganzen Welt. Kontaktiert das KfsV unter KfsV@online.de, um alle Aktionen zu koordinieren.**

Sofortige Freilassung von Daniela Klette!

Seit Ende Februar ist Daniela Klette im Gefängnis. Jetzt wurde die Anklage gegen sie erhoben. Aus diesem bedrohlichen Anlass drucken wir hier den Protestbrief an die verantwortlichen Behörden ab, den wir im April versendet haben.

Das KfsV verurteilt die laufende staatliche Hetzjagd auf ehemalige Unterstützer der Roten Armee Fraktion (RAF). Der Staat führt einen gezielten Rachefeldzug an, der insbesondere Linke, Palästina-Unterstützer und die Arbeiterbewegung einschüchtern und vom berechtigten Kampf gegen das imperialistische System abhalten soll.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Daniela Klette, die seit Ende Februar im Gefängnis in Vechta unter unmenschlichen Haftbedingungen festgehalten wird. Schluss mit der Isolationshaft! Alle Anklagen gegen Klette müssen fallen gelassen werden und alle Verfahren und Ermittlungen, ob von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe oder Verden, müssen sofort eingestellt werden. Wir fordern ein Ende der Menschenjagd auf Ernst-Volker Staub und Burkhard Garweg. Der Staat hat kein Recht, sie zu verfolgen. Schluss mit der Fahndung! Die Menschen, die von den Razzien und Durchsuchungen besonders in Berlin betroffen sind, müssen entschädigt werden. Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!

Zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands wird das KfsV die notwendigen Schritte unternehmen, um die Arbeiterbewegung in Verteidigung der ehemaligen RAF-Unterstützer zu mobilisieren und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Spendet für die Verteidigung von Daniela – siehe Aufruf: kontrapolis.info/13205/

Rote Hilfe e.V. | GLS-Bank | Konto-Nr.: 4007 238 317 | BLZ: 430 609 67
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17 | BIC: GENODEM1GLS | Stichwort: Daniela



Nieder mit der antimuslimischen Hetze!

Weg mit den Verboten der Islamischen Zentren!

Pfad der Eloquenz e.V.

Die zunehmenden staatlichen Angriffe gegen muslimische Einrichtungen erreichten einen Höhepunkt im Juli, als Innenministerin Nancy Faeser (SPD) das „Islamische Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) und seine Organisationen in Berlin, Frankfurt (Main) und München verboten hat. Es gab bundesweit über 50 brutale Razzien, Vereins-Vermögen wurde beschlagnahmt und vier schiitische Moscheen mussten schließen. Am 12. September folgte das Verbot des IZ in Fürstenwalde durch die Regierung in Brandenburg, das war nur 10 Tage vor der dortigen Landtagswahl. Wir Spartakisten wandten uns an die Arbeiterklasse, ihre muslimischen Klassenbrüder zu verteidigen, und verteilten die untenstehende Protesterklärung im Hamburger Hafen und bei der ersten IG-Metall-Runde (im September) in Potsdam sowie der VW-Protestkundgebung in Hannover. Mitten im Wahlkampf unterzeichnete zuerst Marion Baur als Direktkandidatin der DKP die Erklärung.

In Hamburg muss die schiitische Gemeinde seither unter entwürdigenden Umständen auf dem Gehweg beten. Wir haben durch begleitende Protestaktionen im Rahmen unserer Kräfte zum Schutz des Freitagsgebets beigetragen und rufen Arbeiter und Linke auf, dasselbe zu tun. Gerade jetzt, wo die Kapitalisten versuchen, die Arbeiter zu spalten, um die Krise auf sie abzuwälzen, ist es entscheidend, vereint gegen die Angriffe auf muslimische Gemeinden einzutreten. Die geschlossenen Moscheen müssen sofort wieder eröffnet werden.



Spartakist

Plakat auf der Demo gegen die Privatisierung der HHLA am 31. August in Hamburg

* * *

Wir protestieren gegen das Verbot des Islamischen Zentrums Fürstenwalde al-Salam e.V. am Donnerstag, 12. September, durch den Innenminister Michael Stübgen, Teil der SPD-geführten Regierung unter Ministerpräsident Woidke.

Nach dem Erdrutschsieg der AfD in Thüringen und Sachsen und den verschärften Maßnahmen der Ampelregierung kurz vor der Landtagswahl in Brandenburg ist dieses Verbot ein weiterer Schritt der antimuslimischen Hetze und Kriminalisierung von Minderheiten, die sich nicht hinter den deutschen Imperialismus und zionistischen Staat Israel versammeln wollen. Gleichzeitig weitet sich der Völkermord in Gaza und im Westjordanland aus.

Die Gewerkschaften und die Linken müssen gegen diese Angriffe vorgehen. Nieder mit dem Verbot der Blauen Moschee (Islamisches Zentrum, IZH) in Hamburg und des IZF in Fürstenwalde! Lasst sie ihre Religion ausüben!

- **Sofortige Einstellung aller Verfahren!**
- **Weg mit allen Verboten gegen palästinensische Organisationen wie Samidoun, PFLP und Hamas!**
- **Schluss mit allen Angriffen auf Palästina-Aktivisten wie zum Beispiel auf die Palästina Solidarität Duisburg!**

Unterzeichne online! ➪
Openpetition.de/!blpcy



Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

Landtagswahl Thüringen: Wählt MLPD!

Pro-NATO-Führer in SPD/LINKE bahnen AfD den Weg!

Für eine linke Opposition der Arbeiter!

Wir waren beim Wahlkampfauftakt der MLPD in Gera am 27. Juli dabei. Unser Wahlaufruf (siehe unten) wurde begrüßt. Auch unsere Kritik wurde interessiert aufgenommen und diskutiert. Am Tag vor der Wahl waren wir bei der Abschlusskundgebung in Erfurt. Die Rede unseres Genossen Philipp könnt ihr bei Instagram anhören.



Die Arbeiterklasse ist in einer schweren Lage. Der NATO-Kurs der Scholz-Regierung, unter Druck der USA und diktiert von den deutschen Kapitalisten, bedeutet massive Aufrüstung, Waffenlieferungen an die Ukraine und Unterstützung für den Völkermord an den Palästinensern. Die Kosten für Krieg und Krise werden auf die Arbeiter abgewälzt. Die SPD setzt diese Linie direkt in der Regierung durch. Die Führer der Partei Die LINKE und Gewerkschaften geben sich weniger martialisch als die SPD und mögen gegen Aufrüstung, für mehr Soziales auftreten. Aber **sie alle** sind dem deutschen Imperialismus verpflichtet und unterstützen die Pro-NATO- und Pro-Israel-Linie der SPD. Das Ergebnis: Sie haben immer wieder Chancen für eine Gegenoffensive der Arbeiter zunichtegemacht, die Tarifrunden und Streiks ausverkauft, die Proteste gegen den NATO-Kurs und für Palästina aktiv bekämpft.

Diese Arbeiterführer in SPD, LINKE und Gewerkschaften sind es, die der reaktionären AfD den Weg gebahnt haben. Immer mehr Arbeiter wenden sich aus Wut über die Niederlagen von der Arbeiterbewegung ab und hin zur AfD, denn diese wird als einzige Opposition gegen die unerträglichen Zustände und die verhasste Regierung gesehen. Deshalb droht die AfD bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg einen Erdrutschsieg einzufahren.

Die Führer von SPD und LINKE, die Herren Scholz, Woidke und Ramelow, deren Regierungen kurz vor dem Aus stehen, wollen die berechtigte Angst über diese Entwicklung in Unterstützung für ihre Parteien zurückführen – die für den Aufstieg der AfD erst verantwortlich sind. Schluss mit diesem Teufelskreis! Der Kampf gegen die AfD geht **nur** Hand in Hand mit dem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, **für eine linke Opposition der Arbeiterklasse** – gegen NATO und Regierung, gegen den Verrat der Arbeiterführer!

Viele setzen Hoffnungen auf das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Wagenknecht ist zwar gegen die NATO-Linie der Ampel. Aber weil sie auf Zusammenarbeit mit den Kapitalisten setzt, ja sogar auf eine Regierung mit der CDU, lehnt sie jegliche Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die NATO ab.

Doch bei der Landtagswahl in Thüringen gibt es eine Alternative! Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) vertritt klar einen Standpunkt der Arbeiterklasse, ist gegen die NATO, für Palästina und gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel. Mit ihrem Wahlantritt bei der Landtagswahl in Thüringen stellt sich die MLPD gegen die fatale Logik, dass man zur Verhinderung einer rechten Mehrheit, wenn auch zähneknirschend,



Spartakist

MLPD-Führer Gabi Fechtner und Stefan Engel zusammen mit Spartakist-Sprecher Philipp Clyde bei Wahlkampfauftakt in Gera am 27. Juli



Spartakist

Gera, 27. Juli: Wahlkampfauftakt der MLPD. Forderung nach AfD-Verbot unterminierte den Kampf gegen Ramelow-Regierung

SPD und LINKE wählen müsse. **Eine Stimme für die MLPD ist eine Stimme gegen den Verrat von SPD-/LINKE-Führung! Wir rufen alle Arbeiter und Linken auf, bei der Landtagswahl in Thüringen am 1. September die MLPD zu wählen und ihren Wahlkampf zu unterstützen!**

Aber das wird nicht reichen. Was wir brauchen, um die Situation im Land grundlegend umzudrehen, ist der Kampf **für eine andere Führung der Arbeiterklasse**, die gegen den deutschen Imperialismus, gegen die NATO, für die Freiheit Palästinas kämpft. Die MLPD-Kampagne ist dafür ein wichtiger Ansatzpunkt. Aber, wie der Großteil der Linken, hat die MLPD bisher den politischen Kampf gegen die Pro-NATO-Führer in SPD, LINKE und Gewerkschaften und für eine antiimperialistische Führung nicht geführt. Mit dieser Politik untergräbt die MLPD nicht nur den Kampf für eine schlagkräftige linke Opposition, sondern auch **ihre eigenen richtigen Forderungen und ihre Wahlkampagne**. Das ist der wesentliche Grund, warum unsere Unterstützung für die MLPD **kritisch** ist.

Nur Einheit der Arbeiterklasse gegen Verrat von SPD/LINKE kann AfD stoppen!

Die Hauptparole der MLPD im Wahlkampf ist: „Wer AfD wählt, wählt Faschismus". Auch wenn es falsch ist, die AfD als „faschistisch" zu bezeichnen, es stimmt: Wir müssen dagegen ankämpfen, dass sich immer mehr Arbeiter dieser reaktionären und arbeiterfeindlichen Partei zuwenden. Nur wie?

Ampel-Regierung, liberale Politiker und die Arbeiterführer führen einen Feldzug gegen die AfD, weil sie sich nicht hinter dem herrschenden Konsens einreiht. Allen voran die Führer von SPD und LINKE wollen den Arbeitern die Mär eintrichtern, dass die deutschen Kapitalisten „aus der Geschichte gelernt" hätten und die gemeinsame Einheit aller „fortschrittlichen" Kräfte das Bollwerk gegen Reaktion und Faschismus sei. So instrumentalisieren sie die tiefe Abscheu der Arbeiter vor dem Faschismus, um die Reihen hinter der Regierung und dem Imperialismus mit seiner derzeitigen NATO-Ausrichtung geschlossen zu halten. Dieses Spiel erleben wir seit Jahrzehnten, mit dem Ergebnis, dass die Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen verhindert und die Reaktion **nicht** gestoppt wurde. Die Arbeiterklasse muss von dieser ideologischen Fessel befreit werden!

Genau das tut die MLPD nicht. Zwar tritt sie bei Wahlen gegen SPD und LINKE an und unterstützt auch nicht deren Regierungen. Gut. Aber auch sie sucht den Schulterschluss mit den Arbeiterführern im „Kampf gegen rechts". So hält sie die großen Anti-AfD-Proteste Anfang des Jahres hoch. Von CDU über Ampel bis zur LINKEN, von Kapitalisten und Kirchen bis zu Gewerkschaftsführern waren Gott und die Welt „gemeinsam gegen rechts" vereint. Diese breite Einheit hat die AfD nicht gestoppt, sondern befeuert nur die **falsche Spaltung der Arbeiterklasse**: Die Arbeiter, die aufrichtig über den Aufstieg der AfD besorgt sind, sollen sich gefälligst als „gute Demokraten" hinter der Regierung und der NATO einreihen – und ihre Unzufriedenheit, ihr Unbehagen mit dem Kriegskurs und ihre schleichende Verelendung hinten anstellen. Wer davon die Nase voll hat und die Propaganda nicht mehr glauben will, wird als Rassist oder Nazi abgestempelt.

Zwar sagt die MLPD ausdrücklich, dass nicht jeder AfD-Wähler ein Faschist sei, aber ihre moralistische Parole „Wer AfD wählt, wählt Faschismus" reiht sich nahtlos darin ein. Das kann nur dazu beitragen, dass die AfD in den Augen vieler Arbeiter weiterhin als einzige Opposition er-

scheint – und viele Linke nur als militantes Sprachrohr der Regierung.

Wenn es einzig und allein darum ginge, sich mit den Führern von SPD und LINKE gegen die „faschistische“ AfD zu stellen – warum überhaupt MLPD wählen und nicht gleich SPD oder LINKE? Um den Kampf der Arbeiter voranzubringen, um einen wirklichen Kampf gegen die AfD aufzuzeigen und **um ihre eigene Wahlkampagne zu stärken**, muss die MLPD endlich den Kampf gegen die Pro-NATO-Arbeiterführer aufnehmen!

Verbotsforderungen: selbstmörderische Schützenhilfe für die Regierung

Die schädliche Perspektive einer Einheit mit diesen Führern treibt die MLPD auf die Spitze mit der Forderung nach einem AfD-Verbot – ein direkter Appell an die Regierungen von Scholz und Ramelow, den Staat gegen die AfD in Bewegung zu setzen. Diese Forderung ist vollkommen kontraproduktiv und regelrecht selbstmörderisch. Der Staat wird alle Verbote und Repressionsmaßnahmen, egal gegen wen, doppelt und dreifach gegen militante Arbeiter, Minderheiten und Linke benutzen. Gerade die MLPD ist selbst immer wieder von staatlicher Repression betroffen. Pandemie, Ukrainekrieg, Palästina: Jeder, der von der herrschenden Meinung abweicht, von der Unterstützung für NATO, Ukraine, Israel, soll mundtot gemacht werden.

Das gilt auch für die Schließung der „Blauen Moschee“ (Islamisches Zentrum Hamburg) oder das Verbot der Hamas. Diese Maßnahmen dienen dem Staat zur Ausgrenzung und Kriminalisierung muslimischer und anderer Minderheiten, die sich nicht hinter dem deutschen Imperialismus und dem zionistischen Staat versammeln wollen. Wir verurteilen, dass die MLPD diese Repression unterstützt!

Die MLPD erklärt richtigerweise: Minderheiten und Arbeiter müssen im Kampf vereint, rassistische Spaltung muss überwunden werden. Sie hat sich auch engagiert und mutig an pro-palästinensischen Protesten beteiligt. Aber durch ihre Unterstützung für diese Repressionsmaßnahmen – die auch von der AfD hochgejubelt werden – untergräbt die MLPD diese Kämpfe. Das Verbot der Hamas wird gegen alle palästinensischen Organisationen und pro-palästinensischen Linken verwendet, einschließlich gegen die MLPD selbst! **Weg mit dem Verbot von Samidoun und jeder anderen palästinensischen Organisation!**

Wir müssen gegen die Russland-Sanktionen kämpfen!

Die Sanktionen, die sich vor allem gegen russisches Gas und Öl richten, sind eine Maßnahme imperialistischer NATO-Aggression gegen Russland, aber **auch ein Angriff auf die Werktätigen Deutschlands**. Die Arbeiter haben ein berechtigtes Interesse an preiswerter Energie. Die Arbeiter in der Energie- und Chemie-Industrie – in Lubmin, Schwedt/Oder, Ludwigshafen – haben ein Interesse daran, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen und gegen weitere Deindustrialisierung zu kämpfen.

Die Arbeiterführer unterstützen die Sanktionen und spucken auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Gerade in der Führung der LINKEN und den Gewerkschaften stellen sich einige zwar gegen die militaristischen Auswüchse der Ampel-Politik wie Aufrüstung und Sondervermögen, aber **nicht** gegen die Russland-Sanktionen. Wer gegen die Sanktionen eintritt, ergreift eindeutig Partei gegen die NATO und die deutsche Regierung. Und genau das tun diese Pro-NATO-Führer **nicht**.

Die MLPD bezeichnet die anti-russischen Sanktionen richtig als Kriegswaffe der NATO-Staaten, aber lehnt es ab, einen Kampf zu führen, um russisches Gas und Öl reinzulassen. Warum? Sie hat die bürgerliche Propaganda voll aufgesogen, dass Russland imperialistisch sei. Gerade mit Verweis auf das „imperialistische Russland“ wollen Scholz, Ramelow und Co. jedes Verbrechen der **wirklichen**, der deutschen Imperialisten gegen die Arbeiter abdecken. Jeder, der nicht für den Krieg in der Ukraine frieren oder Lohneinbußen hinnehmen will, wird als „Putin-Unterstützer“ denunziert. Auch von dieser ideologischen Fessel muss die Arbeiterklasse befreit werden. Die Position der MLPD schwächt diesen Kampf entscheidend und untergräbt ihre Opposition gegen die NATO-Imperialisten und den Kampf für die Arbeiter jetzt.



picture alliance/dpa/Jens Büttner

Ostseepipeline NordStream 1 in Lubmin, östlich von Greifswald. Arbeiter müssen auch NordStream 2 wieder in Betrieb nehmen. MLPD lehnt diese elementare Forderung ab

Ein energischer Kampf von Sozialisten gegen die Sanktionen hätte das Potenzial, die breite Wut der Arbeiter aufzugreifen und in eine Offensive gegen den deutschen Imperialismus zu wenden. Um diese Offensive voranzubringen, die alleinige Opposition gegen die Sanktionen nicht länger AfD und BSW zu überlassen und ihre eigene Kampagne zu stärken, muss die MLPD diesen Kampf aufnehmen. **Weg mit den Sanktionen gegen Russland! Lasst russisches Gas und Öl rein! Nehmt NordStream in Betrieb!**

Wählt DKP in Brandenburg!

Auch in Brandenburg gibt es eine Wahl für die Arbeiterklasse: die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Wir Spartakisten sind stolz darauf, die DKP durch Propaganda und Sammeln von Unterschriften beim erfolgreichen Wahlantritt unterstützt zu haben. Wir fordern alle Arbeiter und Linken auf, sich in Thüringen hinter die MLPD und in Brandenburg hinter die DKP zu stellen. Schluss mit Sektierertum! Das gilt auch für DKP und MLPD selbst: **Unterstützt euch gegenseitig! Ruft zur Wahl der jeweils anderen Partei auf, wo ihr selbst nicht kandidiert!** ■

Hafen verkauft Arbeiter ausverkauft

Wie stoppen wir diesen Lauf?

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt des Komitees von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di vom 26. September ab.

Am 4. September hat die SPD/Grünen-Senatsmehrheit in der Bürgerschaft den MSC-Deal endgültig durchgedrückt. Das ist eine herbe Niederlage. Wir Hafenarbeiter haben die Privatisierung der HHLA mehrheitlich abgelehnt und waren bereit, dagegen zu kämpfen. Erinnert euch an die große Demo und die Arbeitsniederlegung am Burchardkai im letzten Herbst. Es folgten weitere Proteste und die Warnstreiks in der Lohnrunde (Spoiler: wir lehnen das neue Angebot ab). Unser Gegner, der SPD/Grünen-Senat, ist sogar in einer schwachen Position, fast so tief in der Krise wie die Ampel. Wir hätten den MSC-Deal stoppen können. Warum haben wir dennoch verloren? Jetzt ist die Zeit, die Lehren aus der Niederlage zu ziehen.

Der Senat und die Ampelregierung vertreten die kapitalistischen Interessen der Bosse in den Häfen, Auto- und Chemiewerken. Mit Ausbruch des Ukrainekriegs haben sie sich weiter fest der NATO verpflichtet und schicken Waffen an die Ukraine. Die Kapitalisten brauchen Geld für die Militarisierung und Aufrüstung. Die Kosten werden uns aufgedrückt. Der Verkauf der HHLA ist Teil davon, schnelles Geld zu machen. Bedrohliche NATO-Übungen finden bereits in den norddeutschen Häfen statt, um den Kriegsfall zu proben. Auch die Sanktionen gegen Russland treffen uns direkt, der Handel geht runter und Arbeitsplätze gehen verloren aufgrund der Deindustrialisierung. Jetzt sind die VW-Arbeiter betroffen und kämpfen gegen die drohenden Werkschließungen. Reichen wir ihnen die Hand!

Die Gewerkschaftsführungen von ver.di und IG Metall sind jedoch mit der SPD verbunden, sie unterstützen die NATO und die Regierung. Ganz grundsätzlich stehen diese Arbeiterführer für den Kapitalismus. Sie sorgen deshalb dafür, dass die Arbeiterklasse ruhig bleibt und das wirtschaftliche Nadelöhr, der Hamburger Hafen, weiterläuft. Es ist kein Zufall, dass ver.di-Vertreter im HHLA-Aufsichtsrat für den Deal gestimmt und Teile des Bundesvorstands ihn durchgewinkt haben. Dieser Verrat geht Hand in Hand mit der Unterstützung des NATO-Kurses. So können die Angriffe auf uns durchkommen, wie der MSC-Deal. Um das zu verhindern und gegen diesen Verrat zu kämpfen, hat sich im April unser Komitee von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di gebildet. Wir treten für einen Kurswechsel in ver.di ein. Wir konnten eine Kampfperspektive gegen die Privatisierung aufstellen, weil wir wissen, dass wir mit dieser ver.di-Führung einen Feind im eigenen Lager haben, den wir politisch besiegen müssen.

Der andere Teil der ver.di-Führung (Fachbereich Maritime Wirtschaft), der gegen die Privatisierung eingetreten ist und die Notruf-040-Kampagne ins Leben gerufen hat, ist stolz darauf, überwiegend kein SPD-Parteibuch mehr zu haben (manche haben eins der LINKEN). Ihre ganze Kampagne war jedoch darauf ausgerichtet, die SPD mit Worten zu überzeugen, den Deal zurückzunehmen. Sie hat an die



Fotos von HafenKomitee@proton.me

Hamburg, 31. August: Hafenarbeiterkomitee mit Unterstützern bei letzter Demo gegen MSC-Deal. Nadelstichtaktik von ver.di und 040-Kampagne führten zu großer Demoralisierung unter Hafenarbeitern, die der Demo fernblieben



Vernunft der Abgeordneten appelliert, um Druck zu machen. Ihre Aktionen waren völlig wirkungslos. Dahinter steckt die Idee, die SPD müsse nur an ihr Arbeiterprogramm erinnert werden, um es endlich umzusetzen. Die SPD hat zwar immer noch eine Arbeiterbasis, aber ihr Programm dient den Interessen der Kapitalisten. Unser Komitee hat gegen die Ausrichtung der 040-Kampagne argumentiert und sich dafür eingesetzt, dass wir einen hafenweiten Streik vorbereiten, der wirklichen Druck auf den SPD-geführten Senat gemacht hätte, damit er den Deal zurücknimmt.

Diese Perspektive haben der Fachbereich und die 040-Kampagne vehement abgelehnt. Warum, sie wollten doch auch die Privatisierung stoppen? Einen wirklichen Kampf aufzunehmen hätte sie dazu gezwungen, sich gegen die oberste ver.di-Führung und deren Verrat zu stellen. Und diese politische Auseinandersetzung mit den Pro-NATO-Arbeiterführern, die hinter der SPD stehen, lehnen sie ab. Obwohl sie zum Teil selbst gegen die NATO sind, wie Malte Klingforth vom ver.di-Fachvorstand Maritime Wirtschaft. Als er auf den Warnstreik-Demos den Punkt machte, dass der Kampf für höhere Tarife und der Kampf gegen den MSC-Deal zusammengehören, hat das Hafenarbeiterkomitee seine Worte positiv aufgegriffen, damit sie in die Tat umgesetzt werden. Daraufhin feuerte Malte aus allen Rohren gegen das Komitee. Er hat eine Erklärung gegen uns veröffentlicht, die im Grunde ein Zeichen an die Hafenbosse und die oberste Gewerkschaftsführung war, dass er und der Fachbereich im Hafen den Burgfrieden bewahren werden. Das zeigt, wie der Fachbereich sich in der Tat in die fesselnde Kette eingliedert, die von Kapitalisten über die Ampelregierung und die SPD bis hin zu den Gewerkschaftsführern läuft und verhindert, dass wir uns gegen die Angriffe verteidigen können. So trägt der Fachbereich eine Mitschuld daran, dass die Privatisierung durchkommen konnte. Die Aufgabe von uns bleibt, diese Kette zu zerschlagen und eine kämpferische Gewerkschaftsführung aufzubauen, die sich gegen die Interessen der Kapitalisten stellt.

Die AfD steht außerhalb dieser schädlichen Reihe und



Torben Schomers

11. Juni, Rathausmarkt: Mathias Petersen (SPD), Hoffnungsträger der 040-Kampagne, stimmte in der Bürgerschaft als einziger in der SPD gegen den MSC-Deal, nimmt hier offenen Brief von über 1000 Hafenarbeitern in Empfang

wird deshalb von vielen Kollegen als einzige Partei wahrgenommen, die ernsthaft etwas ausrichten kann gegen die verhasste Regierung und den NATO-Kurs, der unser Leben hier ruiniert. Das Programm der AfD stützt aber dieselben Interessen der Klasse der Ausbeuter, die uns erst in diese schlimme Lage gebracht haben. Sobald die AfD regiert, wird es für uns weiter bergab gehen, vielleicht mit einem anderen außenpolitischen Kurs, der aber nicht weniger zu Kriegen führen wird. Was wir brauchen, ist eine Partei der Arbeiter, die gegen die NATO, für die Freiheit von Palästina und für die Verteidigung unserer Lebensinteressen kämpft.

Während der Proteste gegen den MSC-Deal und danach hören wir von den Führern der 040-Kampagne, die Arbeiter hätten Schuld, weil sie sich nicht mobilisieren ließen. Das ist eine Lüge, die nur die eigene Verantwortung auf die Arbei-

„WIR LASSEN NICHT LOCKER"

ver.di-Warnstreik-Redner Malte Klingforth hat recht

Kampf für hohe Löhne und gegen den MSC-Deal, JETZT!

28. Juni

Hafenweiter ver.di-Streik muss und kann

MSC-DEAL STOPPEN!

8. Juli

Tarifrunde und MSC-Deal: ver.di-Strategie bereitet Niederlage vor

Kämpfen wir JETZT für einen Kurswechsel

6. August

Kontakt zum Komitee: + 49 170 88 62 306 @Hafenarbeiterko
linktr.ee/hafkom | Facebook: bit.ly/HafKom
HafenKomitee@proton.me | WhatsApp-Gruppe mit Einladung

Petition an ver.di, unterschrieben von hunderten Hafenarbeitern, überreicht am 23. Mai

PETITION an ver.di

Fachvorstand Maritime Wirtschaft
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Kämpft gegen den MSC-Deal!

Ich, als ver.di-Mitglied, sage:

1. der MSC-Deal ist ein Angriff auf alle Hafenarbeiter und damit auch auf unsere Gewerkschaft,
2. es ist ein Skandal, dass die ver.di-Vertreter im HHLA-Aufsichtsrat und die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle das durchgewinkt haben,
3. die Gewerkschaft muss sich gegen alle Abmahnungen stellen und JETZT, bevor es zu spät ist, ihre Position ändern und die Kraft der Gewerkschaft wirksam gegen den MSC-Deal mobilisieren.

Vor- und Nachname	Unterschrift	Hafenbereich

ver.di'ye DİLEKÇE

Fachvorstand Maritime Wirtschaft
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

MSC anlaşmasına karşı mücadele edin!

Bir ver.di üyesi olarak diyorum ki:

1. MSC anlaşması tüm liman çalışanlarına ve dolayısıyla sendikamıza yönelik bir saldırıdır!
2. HHLA Denetim Kurulu'ndaki ver.di temsilcilerinin ve ver.di başkan vekili Christine Behle'nin buna göz yumması bir skandaldır!
3. Sendika tüm kınamalara karşı çıkmalı ve çok geç olmadan ŞİMDİ tutumunu değiştirmeli ve sendikanın gücünü MSC anlaşmasına karşı etkili bir şekilde harekete geçirmelidir!

Ad ve soyad	İmza	Liman Bölgesi

ter abwälzen soll. Bei den Aktionen von 040 war klar, dass die Arbeiter nur Füllmasse für einen auf die SPD gerichteten moralischen Appell waren. Arbeiter haben richtig erkannt, dass dies nicht wirksam ist. Nach jahrzehntelangem Verrat der ver.di-Führung gibt es bereits eine tiefgehende Demoralisierung. Die Politik vom Fachbereich steht in Kontinuität der sogenannten Sozialpartnerschaft, die die Kapitalisten seit einiger Zeit aufgekündigt haben. Sie basiert auf der Illusion, dass Kapitalisten und Arbeiter gemeinsame Interessen haben könnten. Die Sozialpartnerschaft beinhaltete, dass die Kapitalisten aus ihren Superprofiten, die sie in ihrer Zeit als Exportweltmeister uns und Europa abgepresst haben, einer kleinen Schicht von Facharbeitern noch ein bisschen was extra geben konnten. Nach dem Motto „Wir geben euch relativ gute Bedingungen, dafür lasst ihr das mit der Revolution sein". Insgesamt haben die schlechten Deals mit den Bossen uns allen stetig Verschlechterungen gebracht, indem die etwas besser gestellten HHLA-Kollegen gegen schlechter gestellte Lascher oder GHB-Kollegen ausgespielt wurden. Wir stehen vor einer total zersplitterten Tariflandschaft im Hafen, die uns alle trennt, die Gewerkschaft schwächt und den Kampf schwieriger macht. Weil die Gewerkschaftsbürokratie ihren Teil der Abmachung eingehalten hat und jeden wirklichen Widerstand gegen die Verschlechterungen sabotierte.

Fangen wir an, uns gegen diese Niederlagen-Strategie zu stellen, indem wir das neue Tarifangebot ablehnen. In diesem Sinne haben wir mit Kollegen diskutiert, bei der Befragung mit Nein zu stimmen. Natürlich sollen alle mehr bekommen, und besonders die in den ausgelagerten Bereichen und niedrigen Lohngruppen. Von der zu langen Laufzeit und den Null-Monaten abgesehen brauchen wir auch konkrete Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Als Antwort auf Automatisierung und Überalterung der Belegschaften: ***Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.*** Die aktuell laufenden Tarifverhandlungen bei den Laschern, der HHLA und die Tarifrunde dürfen nicht getrennt werden. Unsere aktuelle Führung hat uns mit MSC gerade eine Niederlage bereitet, deshalb verstehen wir die Abstimmung auch als ein Misstrauensvotum. Der Pessimismus der Führung hat sich zwar auch unter vielen Kollegen breitgemacht, trotzdem ist die Unzufriedenheit groß. Mit Nein zu stimmen ist die Voraussetzung dafür, die schlechte Gesamtlage im Sinne der Arbeiter umzudrehen. Ein schlechter Abschluss wird wieder zu Austritten und AfD-Unterstützung führen. So darf es nicht weitergehen. Stimmt mit Nein! Ziehen wir die Lehren aus der MSC-Niederlage. Diskutieren wir gemeinsam, wie wir einen Kurswechsel erreichen und eine kämpferische ver.di mit einer kämpferischen Führung aufbauen können. ■

Ziel von Funke/RKP: „nicht durch Kritik an der Arbeiterführung aufzufallen"

Folgende Nachricht erhielten wir von einem Führer der Revolutionären Kommunistischen Partei (RKP) in Hamburg am 25. Juli, Tag des ersten Vernetzungstreffens der 040-Kampagne.

Ich denke es ist offensichtlich, dass die Programme von euch und uns sich aktuell grundlegend unterscheiden.

Wir beabsichtigen nicht Agitation im Hafen zu machen, da wir schlichtweg nicht genug Einfluss dort üben können. Wir müssen ja nach Schicht und deren Stand des Bewusstseins unterschiedlich an die Sache herangehen.

Anstelle jetzt also gegen die Bürokratie zu hetzen ist es jetzt unser Ziel diejenigen, die unzufrieden mit dem System sind, von unseren Ideen zu überzeugen.

Selbst wenn wir Agitation betreiben wollen, wie im Falle der Anti-AFD Bewegung, ist unser Ziel nicht durch Kritik an der Arbeiterführung aufzufallen, sondern durch ein positives alternatives Programm, welches durch seine stichhaltigen und realen Perspektiven überzeugt und nicht sich aus der Ablehnung, die zu meist eh noch nicht die Gewerkschaften trifft, der Führung schweißt.

Deswegen haben wir eben kein Interesse mit euren Positionen anzutreten. Ich bin aber immer offen für Diskussionen.

Auf Interventionen, wenn ich viel zu tun habe, würde ich dennoch die Arbeit als RKP Mitglied künftig höher stellen, als sich dahingehend auszutauschen.

Revolutionäre Grüße.

der funke Hamburg

RKP (Der Funke) bei Demo gegen Verkauf der HHLA am 11. November 2023 auf dem Rathausmarkt

Unser EU-Wahlkampf für die DKP



Spartakist

Spartakisten klebten DKP-Plakate in Kreuzberg, an der TU-Berlin (siehe Bild oben) und waren im Hamburger Hafen unterwegs, um Stimmen für die DKP bei der EU-Wahl zu gewinnen. In Berlin-Lichtenberg konnten wir die DKP direkt an ihrem Infotisch unterstützen. Leider hat die DKP, wie auch alle anderen Linken, gegenüber der letzten Wahl erheblich an Stimmen verloren. Lest hier unseren Aufruf vom 31. Mai.

Die SPD-geführte Ampelregierung schießt Milliarden in die Bundeswehr, liefert Waffen an die Ukraine und Israel und unterstützt den Genozid an den Palästinensern. Gleichzeitig werden die Arbeiter hierzulande immer weiter ausgepresst: Inflation, Prekarisierung, steigende Energiepreise und Privatisierungen. Die Wut der Arbeiter wächst von Tag zu Tag – ebenso die reaktionäre AfD, die als einzige Opposition zur Ampel wahrgenommen wird.


SPARTAKIST
31. Mai 2024
EU-Wahl 2024
Wählt DKP!

Kämpfen wir gegen den Verrat von SPD- und LINKE-Führung!
➤ Gegen NATO!
➤ Freiheit für Palästina!
➤ Stoppen wir den MSC-Deal!

Eine linke Opposition der Arbeiterklasse wird dringend gebraucht. DIE LINKE ist es nicht. Die Führung um Janine Wissler setzt eine eindeutige Pro-NATO-, Pro-Israel-Linie in der Partei durch und wird zu Recht als fünftes Rad am Regierungswagen wahrgenommen. Auf dem Papier hält die LINKE-Führung weiterhin an der Opposition gegen NATO und Waffenlieferungen fest. Aber in der Praxis hat sie Palästina verraten, gemeinsam mit Ampel, CDU und AfD für das Verbot von Samidoun gestimmt und sich in die pro-zionistische Staatsräson eingereiht. Sie hat seit Ausbruch des Ukrainekrieges und Scholz' „Zeitenwende" jede linke Kritik an der NATO mundtot gemacht und den Wagenknecht-Flügel aus der Partei gedrängt. Das Bündnis Sahra Wagenknecht kritisiert zwar scharf die Regierungslinie im Ukrainekrieg und auch die Waffenlieferungen an Israel, führt aber ***keinen Kampf*** gegen NATO/EU und für die Arbeiterklasse.

Im Gegensatz dazu steht die Deutsche Kommunistische Partei (DKP): Sie zieht bei den Europawahlen als einzige Partei eine Linie im Interesse der Arbeiterklasse und gegen den deutschen Imperialismus. Die DKP steht in klarer Opposition gegen NATO und EU, den Völkermord in Gaza und die Angriffe auf die Arbeiterklasse. Das gilt insbesondere für den Hamburger Hafen, wo wir gemeinsam dafür kämpfen müssen, die Privatisierung durch den MSC-Deal zu stoppen. Eine Stimme für die DKP ist eine Stimme gegen den Verrat der pro-imperialistischen Führer von SPD und LINKE. Wir rufen daher alle Arbeiter und linken Organisationen dazu auf, am 9. Juni die DKP zu wählen und mit voller Kraft den Wahlkampf der DKP zu unterstützen!

Die Arbeiterklasse braucht eine Führung, die gegen NATO/EU und für Palästina kämpft!

Die DKP erhebt eine Reihe von Forderungen, für die die Arbeiterklasse unbedingt kämpfen muss: gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel, für Frieden mit Russland und China, gegen die Russland-Sanktionen, für die Inbetriebnahme von NordStream, gegen die anti-palästinensische Repression und den Völkermord in Gaza. Aber wie können wir all diese richtigen Forderungen in die Tat umsetzen?

Kämpfen wir gegen den Verrat von SPD- und LINKE-Führung!

- ➤ **Gegen NATO!**
- ➤ **Freiheit für Palästina!**
- ➤ **Stoppen wir den MSC-Deal!**

Was die Arbeiterklasse vom Kampf gegen den Imperialismus und für ihre Interessen vor allem zurückhält, ist ihre eigene Führung, nicht nur in SPD und LINKE, sondern ***insbesondere in den Gewerkschaften***. Die DKP sagt richtig: „Bislang ist es den Regierenden gelungen, große Teile der Gewerkschaftsbewegung gegenüber ihrem Kriegs- und Krisenkurs, der wachsende Teile der Bevölkerung arm macht, ruhig zu halten – das bezeichnen wir als Integration in den NATO-Kriegskurs. Diese Integration muss zurückgedrängt werden" (Positionen der DKP zu den EU-Wahlen 2024). Aber ***wie*** zurückdrängen? Seit Ausbruch des Ukraine- und Gaza-Krieges hat die DKP keinen Schritt unternommen, um den politischen Kampf gegen die Führung voranzutreiben – der einzige Weg, ***ihre eigenen richtigen Forderungen*** in die Tat umzusetzen. Das ist ein wesentlicher Grund, warum unsere Wahlunterstützung für die DKP ***kritisch*** ist.



Spartakist

Berlin-Kreuzberg, 28. Mai: Kundgebung gegen das Verbot der Palästina Solidarität Duisburg, gegen die der Staat brutal ein anti-palästinensisches Exempel statuierte

Die Perspektive der DKP ist es, den Kampf gegen die NATO-Linie in der Arbeiterbewegung zu führen *ohne* direkte Konfrontation mit der pro-imperialistischen Führung. Stattdessen versucht sie, wie etwa mit dem Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“, die jetzigen Führer der Gewerkschaften davon zu überzeugen, für Frieden einzustehen und zu ihren eigenen „Friedensparolen“ von früher zurückzukehren.

Warum ist das *kein* Weg vorwärts für die Arbeiter? Mit Ausbruch des Ukrainekrieges sind die Gewerkschaftsführer voll auf den NATO-Kriegskurs der deutschen Bourgeoisie eingeschwenkt, doch ihre Loyalität galt auch davor dem deutschen Imperialismus. In der Periode nach der Zerstörung von Sowjetunion und DDR hatte sich der deutsche Imperialismus, unter Schirmherrschaft der USA und im Rahmen der NATO, auf die Ausbeutung und Unterdrückung Europas auf wirtschaftlichem Weg konzentriert – vor allem mithilfe der EU. Aufrüstung im großen Stil war dafür nicht nötig, Auslandseinsätze der Bundeswehr waren nicht das entscheidende Mittel.

Deshalb waren diese „Friedensparolen“ für die deutschen Kapitalisten nicht nur völlig harmlos – die DGB-Führer haben vielmehr den tiefen und legitimen Wunsch der Arbeiter nach Frieden missbraucht und zur Abdeckung der Interessen der Imperialisten benutzt. In dieser ganzen Zeit wurden die Lebensbedingungen der Arbeiter immer weiter ruiniert. Mit Lippenbekenntnissen für „Frieden“ hin oder her – mit einer Führung, die hinter NATO und EU steht – können wir nicht kämpfen.

Dasselbe in der Frage von Palästina. Waffenlieferungen an Israel stoppen? Die Gewerkschaften gegen die Staatsrepression und gegen den Völkermord in Gaza mobilisieren? Ja, für all das müssen wir kämpfen, doch die jetzigen Gewerkschaftsführer werden sich mit aller Gewalt gegen jeden Schritt in diese Richtung stellen. Unterstützung für Israel ist deutsche Staatsräson – und damit auch der Treueschwur der Gewerkschaftsführer an die deutsche Bourgeoisie. Denken wir nur an den 1. Mai in Berlin, als die DGB-Führung die Polizei auf die pro-palästinensischen Linken im Klassenkämpferischen Block der Gewerkschaftsdemo hetzte – während Israel gerade die Palästinenser massakrierte!

Wie können wir den Kampf gegen diese Führung aufnehmen? Ein Beispiel: Im Herbst letzten Jahres zum ver.di-Bundeskongress in Berlin hatten sich oppositionelle Gewerkschafter um die Petition „Sagt Nein!“ organisiert, die sich gegen Burgfrieden und Waffenlieferungen aussprach und den Leitantrag des ver.di-Vorstandes zu Fall bringen wollte. Wir Spartakisten haben dafür gekämpft, den berechtigten Unmut der ver.di-Basis über die Regierungslinie der Führung aufzugreifen und dabei klarzumachen: Gegen Aufrüstung und Krieg, gegen Waffenlieferungen und Burgfrieden können wir nur einstehen, wenn wir zugleich gegen die Pro-NATO-Führer wie Werneke und Fahimi ankämpfen. Diese Führer, die die NATO, den Kriegskurs in der Ukraine und den deutschen Imperialismus unterstützen, können nicht für Frieden und nicht für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten und dürfen keinen Platz in unseren Gewerkschaften haben! (Siehe „Pro-NATO-Arbeiterführer bauen AfD auf – Schmeißt sie raus!“, *Spartakist* Nr. 226).

Es gibt viele linke, antiimperialistische Kräfte in der Arbeiterbewegung, die nicht auf Linie der SPD-Führung und Regierung sind. Das gilt für die DKP ebenso wie für die MLPD, aber auch für viele Linke innerhalb der LINKEN, etwa die KPF, Sol, SAV, AKL oder die Berliner Bezirksverbände Neukölln und Mitte. Aber einen wirklichen Kampf gegen die Führung haben sie alle bisher gescheut. Andere treten resigniert aus der LINKEN und den Gewerkschaften aus oder lehnen, wie RIO, an diesem entscheidenden Punkt sektiererisch jede Intervention in DIE LINKE ab. Im Ergebnis läuft das alles auf dasselbe hinaus: Wissler, Ramelow, Lederer und Co. geben weiter den Ton an und wir kommen keinen Schritt voran im Kampf, die Arbeiter von diesen Pro-Imperialisten zu brechen.

Mit dieser Politik muss Schluss gemacht werden! Ob in der LINKEN oder den Gewerkschaften: Wir müssen eine antiimperialistische Strömung aufbauen, die ***für eine andere Führung kämpft***, eine Führung unter dem Banner: ***Gegen die NATO! Freiheit für Palästina!*** Als Startpunkt für diesen Kampf haben wir Spartakisten einen Aufruf für einen Antiimperialistischen Pol (AIP) in DIE LINKE initiiert. Wir fordern die DKP – wie auch alle anderen Linken, innerhalb und außerhalb der LINKEN – dazu auf, diesen Kampf vereint voranzubringen.

Bringen wir ver.di auf Kurs! Stoppen wir den MSC-Deal!

Wie wichtig ein solcher Kampf gegen die Pro-NATO-Führung ist, wird klar bei einem Blick auf den Hamburger Hafen. Die vom SPD-Senat betriebene Privatisierung durch den MSC-Deal ist eine Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf alle Hafenarbeiter – eine der stärksten Bastionen der Arbeiterklasse in Deutschland. Die Führer von DGB und ver.di unterstützen den NATO-Kurs der SPD, Waffenlieferungen an die Ukraine und die Russland-Sanktionen – die mitverantwortlich sind für die Krise am Hamburger Hafen! Die ver.di-Vertreter im HHLA-Aufsichtsrat haben dem Deal zugestimmt, und jetzt tut die ver.di-Führung alles, um der SPD den Rücken freizuhalten und einen wirksamen Kampf gegen den MSC-Deal zu verhindern.

Es ist gut und wichtig, dass Malte Klingforth, Hafenarbei-



Spartakist-Fotos

7. Juni, Hamburger Hafen: Malte Klingforth (oben links), DKP-Kandidat zur EU-Wahl, spricht zu Streikenden. Spartakisten haben „Wählt DKP!"-Aufruf beim Warnstreik verteilt. Plakat für die DKP im Hafen (unten)

ter und Kandidat der DKP bei den Europawahlen, den Kampf gegen den MSC-Deal zum Schwerpunkt seines Wahlkampfes macht. Wir werden unter den Hafenarbeitern für ein möglichst starkes Ergebnis der DKP und von Malte Klingforth mobilisieren. Aber das allein wird nicht ausreichen. Wir müssen uns gegen den Verrat der ver.di-Führung stellen und dafür kämpfen, dass die Gewerkschaft ihren Kurs ändert! Aber dazu müssen wir gegen die Linie der ver.di-Führung angehen, *die nicht gegen den MSC-Deal kämpfen will!*

Aber genau das wollen die einflussreichsten oppositionellen Hafenarbeiter in ver.di nicht anpacken. Stattdessen verschleiern sie den Verrat der ver.di-Führung und machen die PR-Kampagne Notruf 040. Mit dieser wollen sie an die SPD-Führung appellieren und „Druck" auf die Hamburger Bürgerschaft erzeugen. Diese Kampagne hat bei vielen Hafenarbeitern zu Resignation und Demobilisierung geführt, weil *so* eben *kein* Druck erzeugt wird. Leider haben auch die DKP und Malte Klingforth diese Niederlagen-Strategie bisher unterstützt und *nicht* gegen den Verrat der ver.di-Führung gekämpft. Sie müssen sich entscheiden: einen wirklichen Kampf führen, um den MSC-Deal zu Fall zu bringen, oder weiter vor der ver.di-Führung buckeln?

Einige Hafenarbeiter haben diesen Kampf aufgenommen und das „Komitee von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di" gegründet. Das Komitee hat zu Recht erklärt, dass es notwendig ist, sich gegen den Verrat der ver.di-Führung zu stellen und für einen anderen Kurs der Gewerkschaft zu kämpfen. Ver.di muss endlich einen hafenweiten Streik vorbereiten. *Das* ist der einzige Druck auf SPD, Senat



und Bürgerschaft, der wirklich etwas bewegt. Die Zeit drängt! *Bringen wir den Kampf gegen den MSC-Deal in die laufende Tarifrunde ein!*

Wir rufen die DKP und Malte Klingforth dazu auf, sich diesem Kampf anzuschließen, um *ihre eigene Forderung* nach dem Stopp des MSC-Deals in die Tat umzusetzen. Setzen wir ein erstes Zeichen gegen die Arbeiterverräter, die für den MSC-Deal, für NATO und EU und gegen Palästina stehen: *Wählen wir die DKP!* ■

DKP Brandenburg…

Fortsetzung von Seite 7

Ukraine und treten ein gegen Waffenlieferungen und Sanktionen, doch auch sie führen keinen Kampf gegen die NATO. Sie steuern geradewegs auf Koalitionen mit CDU und SPD zu – die die Kriegskosten weiter auf die Arbeiterklasse abwälzen werden.

Wie schon bei den EU-Wahlen 2024 steht die DKP auch in Brandenburg als einzige Partei klar in Opposition nicht nur gegen NATO-Kriegskurs, Waffenlieferungen an die Ukraine und die verheerenden Russland-Sanktionen, sondern gegen die gesamte NATO. (Siehe *Spartakist*-Extra vom 31. Mai 2024: EU-Wahl 2024 – Wählt DKP!)

Doch damit die DKP überhaupt bei der Landtagswahl kandidieren darf, muss sie zunächst eine Hürde des undemokratischen Wahlrechts nehmen und bis Ende Juli 2000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Wir rufen alle in Brandenburg Wahlberechtigten dazu auf, für den Wahlantritt der DKP zu unterschreiben. Wir werden die DKP nach Kräften bei der Sammlung der Unterschriften unterstützen und fordern alle anderen Linken dazu auf, dies ebenfalls zu tun.

Aber das wird nicht reichen: Die Arbeiterklasse braucht eine Führung, die gegen NATO/EU und für Palästina kämpft! Nur eine solche Führung, die bereit ist, eine harte Konfrontation mit der Regierung über den Krieg durchzustehen, kann auch grundlegende soziale Verbesserungen für die Arbeiterklasse erkämpfen. Dazu muss die Linke – und auch die DKP! – endlich den Kampf gegen die pro-imperialistischen Führer in SPD, LINKE und Gewerkschaften aufnehmen. Die vereinte Unterstützung von Linken und Arbeitern für die DKP in Brandenburg wäre ein kleiner, aber wichtiger erster Schritt in diesem Kampf. ■

Ampel am Ende...

Fortsetzung von Seite 2

ist das BSW auch ein akzeptabler Partner für die NATO-Unterstützer der SPD-Führung und der CDU, mit dem man Formelkompromisse und gemeinsame Landesregierungen wie jetzt in Brandenburg und Thüringen organisieren kann. Das bringt die Arbeiterklasse kein Stück voran. Ebenso wie die Linkspartei behauptet Wagenknecht, man könne ohne Opposition gegen den deutschen Imperialismus für Frieden und gegen den Niedergang der Arbeiterklasse kämpfen.

Deshalb: Der Kampf gegen die kommenden Angriffe und gegen die AfD kann ***nur*** Hand in Hand gehen mit dem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse – gegen NATO und Regierung, gegen den Verrat der Arbeiterführer und damit auch gegen die Unterstützung des kleineren Übels in Gestalt von SPD und Linkspartei. Dagegen eine vereinte antiimperialistische Arbeiteropposition auch bei den kommenden Wahlen aufzubauen, das ist die Aufgabe der Stunde.

Um diese Opposition so stark wie möglich zu machen, ist aber eine grundlegende Kehrtwende der sozialistischen Linken notwendig. Die antiimperialistischen Linken in der Linkspartei, die nicht auf Linie der Parteiführung sind, liefern das anschaulichste Beispiel für das Problem der Linken insgesamt: Sie haben zwar an ihrem Programm gegen NATO und für Palästina festgehalten, aber sie sind dem Kampf gegen die Führung aus dem Weg gegangen. Sie stellen die Einheit der Linkspartei über alles. Sie klammern sich an billige und unverbindliche Bekenntnisse der Parteiführung zum Frieden und an die Illusionen, auch ohne Opposition gegen NATO und Imperialismus soziale Verbesserungen erreichen zu können (siehe Seite 5).

Warum? Die Politik der sozialistischen Linken – ob ihr Antirassismus, Kampf für liberale Werte wie „Klimaschutz" und „offene Grenzen" oder Friedensparolen – war in den letzten Jahrzehnten vollkommen akzeptabel für die deutschen Kapitalisten, die unter solch einem „fortschrittlichen" Deckmantel ihre Interessen durchgesetzt haben. Alle Appelle und Proteste der Linken jetzt gegenüber SPD und Linkspartei, doch bitte schön ihre angeblich fortschrittliche Friedenspolitik von anno dazumal wieder aufzunehmen, gründen auf der reaktionären und aussichtslosen Perspektive der Linken, doch irgendwie zur bisherigen Periode des „Friedens" und der „Stabilität" der liberalen Ordnung zurückzukehren.

Es war diese Weltordnung, die die jetzigen Krisen, reaktionäre Kriege wie in der Ukraine und den Völkermord an den Palästinensern hervorgebracht hat. Anstatt einen Kampf ***gegen*** die Imperialisten und ihre Ordnung zu organisieren, versuchen die Linken krampfhaft, eine Lösung zu finden, die kompatibel mit und akzeptabel für die imperialistischen Herrscher der Welt ist – indem sie sich auf diese Kräfte stützen wollen, um Frieden in der Ukraine oder einen Stopp des zionistischen Massakers zu erreichen.

Aus diesem Grund haben sie bisher den politischen Kampf gegen die jetzige verräterische Führung abgelehnt und eine falsche und schädliche Einheit mit ihnen aufrechterhalten. Das ist der Kern des Problems und der Grund, warum die ganze Linke im Kontext der Regierungskrise vor einem Scherbenhaufen und extrem geschwächt dasteht und nicht als eigenständige Opposition gegen den Imperialismus und seine Verteidiger in der Arbeiterbewegung auf den Plan treten konnte. Die unmittelbare Aufgabe aller marxistischen Linken ist es, damit anzufangen, diese Situation grundlegend umzudrehen. Wir müssen einen antiimperialistischen Pol in der Arbeiterbewegung aufbauen, der den politischen Kampf gegen diese pro-imperialistische Führung der Arbeiterbewegung endlich aufnimmt.

Mit einer Führung, die hinter dem deutschen Imperialismus und der NATO steht, können die Arbeiter nicht für Frieden kämpfen. Und nicht nur das: Solange wir nach den Regeln einer Führung spielen, die im Krieg hinter der eigenen Führung steht, können die Arbeiter auch keinen wirksamen Kampf für ihre ökonomischen Interessen führen. Und weil sich diese Führung bisher halten konnte, haben wir eine Niederlage der Arbeiter nach der anderen gesehen. Jetzt will die IG Metall den VW-Arbeitern wieder Lohnverzicht aufzwingen: Der Kampf für einen grundlegenden Kurswechsel in den Gewerkschaften ist sehr dringend (siehe Flugblatt zu VW, Seite 3). Tatsache ist, dass die sozialistische Linke entweder durch sektiererisches Sprücheklopfen über Sozialismus einfach passiver Zuschauer war oder sich durch opportunistische Akzeptanz dieser Führer als „kleineres Übel" direkt durch diese einspannen ließ. Beides sind Sackgassen, mit denen wir nicht weiterkommen.

Das sehen wir auch an der Reaktion der Linken in der jetzigen Situation. Einerseits gibt es die Gefahr des Opportunismus und Defätismus wie in der Antwort der DKP, die keine Anstalten macht, selbst zur Wahl anzutreten, und stattdessen „Friedenskräfte" unterstützen will. Wer sind die? Die Linkspartei, deren Führer van Aken verschärfte Sanktionen gegen Russland fordert und mit Scholz erklärt: „Ich möchte nicht, dass die Ukraine den Krieg verliert." Oder das BSW, das zwar gegen den Kriegskurs ist, es aber auch ablehnt, die Arbeiter unabhängig dafür zu mobilisieren? Genossen der DKP! Denkt an den Kampf, den wir gemeinsam bei den EU-Wahlen und in Brandenburg geführt haben, um Arbeitern eine antiimperialistische Alternative zu geben: Jetzt ist nicht die Zeit, den Kopf in den Sand zu stecken und eine unabhängige Rolle der Marxisten aufzugeben, sondern im Gegenteil unsere Aktionen zu verstärken!

Die andere Gefahr ist die des Sektierertums, was man beispielhaft an RIO bei den Landtagswahlen im Herbst sah. Obwohl es die Möglichkeit gab, antiimperialistische Kampagnen der MLPD und DKP in Thüringen und Brandenburg zu unterstützen gegen die Politik von SPD und Linkspartei (siehe unsere kritischen Wahlkampagnen, Seite 7, 11, 17), hatte RIO sich dort leider entschieden, im Abseits stehen zu bleiben. Mit der Begründung, dass DKP und MLPD „stalinistisch" seien, hat RIO es dort abgelehnt, den Kampf gegen die pro-imperialistische Linie der jetzigen Arbeiterführer aufzunehmen.

Dagegen begrüßen wir jetzt die Initiative von RIO, „unabhängige, revolutionäre, sozialistische Kandidaturen zur Bundestagswahl aufzustellen", und haben RIO schon vorgeschlagen, zusammen in diese Richtung zu arbeiten. Solche Kandidaturen – am besten in vereintem Kampf mit der Kampagne der MLPD – könnten ein wichtiger Schritt gegen den bisherigen Opportunismus wie auch das Sektierertum der Linken sein.

So schwer die Lage ist, wir müssen die Chance jetzt nutzen, um durch eine vereinte antiimperialistische Kampagne der Linken einen wichtigen Schritt zu tun für den Aufbau einer neuen Führung der Arbeiterklasse, die gegen die NATO und für Palästina kämpft. Um hierfür die größte Schlagkraft zu entfalten, brauchen wir eine einfache und klare Plattform, die in den zentralen Fragen gegen den deutschen Imperialismus gerichtet ist. Dafür schlagen wir die folgenden Kernpunkte vor:

- gegen NATO!
- für Palästina!
- für Sozialismus!

Wir sind schon an verschiedene Organisationen mit diesem Vorschlag herangetreten. Lasst uns keine Zeit verlieren und jetzt anfangen, diesen Kampf gemeinsam aufzunehmen! ■

Trumps Rückkehr…

Fortsetzung von Seite 1

Kräfte mussten weltweit als Folge der Covid-Pandemie Rückschläge hinnehmen. Diese Entwicklungen wurden in Washington, London, Brüssel, Berlin und Tokio mit einem kollektiven Seufzer der Erleichterung begrüßt: „Trump, Populismus, Covid, das war alles nur ein böser Traum."

Doch das war es nicht. Die Präsidentschaft Bidens führte die Oberaufsicht über den fortgesetzten Zusammenbruch des liberalen Status quo, von Afghanistan über die Ukraine und Palästina bis zur innenpolitischen Situation in den USA selbst. Gerade die Partei, die angeblich globale Aufgeklärtheit verkörpert, führte die Aufsicht über den Völkermord in Gaza, das größte Verbrechen seit Generationen. Biden und seine Regierung umgab ein Hauch von einfältigem Optimismus, während ihnen militärisch, wirtschaftlich und politisch der Boden unter den Füßen entglitt.

Daher sind in allen westlichen imperialistischen Ländern die Kräfte der rechten Reaktion auf dem Vormarsch. Die noch gestern triumphierenden Liberalen werden nacheinander abserviert. Die Kamala-Begeisterung – die Hoffnung, dass eine nicht-senile Person den Status quo noch ein wenig länger am Laufen halten könnte – stellte das letzte Aufbäumen des sich dahin quälenden Liberalismus dar, das ebenso illusorisch wie kurzlebig war. Trumps Sieg am 5. November symbolisiert und bekräftigt die Niederlage des liberalen Flügels des imperialistischen Establishments.

Das kam nicht von ungefähr. Es gibt viel tiefere Ursachen für die Abkehr vom Liberalismus als Donald Trump, soziale Medien und Desinformation. Im Grunde ist dieser ideologische Wandel in der herrschenden Klasse Amerikas ein Spiegelbild der schwindenden Hegemonie der USA. Als die USA noch als die unangefochtene Weltmacht dastanden, konnten sie sich den Luxus einer liberalen Demokratie nach innen und außen hin leisten. Jetzt, da der Druck an allen Fronten zunimmt, ist der Liberalismus ein unnötiges Hindernis für die globale Vorherrschaft der USA. Unter dem Samthandschuh steckte immer die eiserne Faust. Aber jetzt ist der Handschuh zu teuer, also weg damit.

Schon vor den US-Wahlen waren die Liberalen dabei, ihre eigenen „Werte" so schnell es nur ging über Bord zu werfen. Offene Grenzen, Völkerrecht, Trans-Rechte, Multikulturalismus, Antirassismus: Vorbei sind die Zeiten, in denen die herrschende Klasse selbst verkündete, sich für diese hohen Prinzipien einzusetzen. Vorbei sind die Tage von Trudeau, Jacinda Ardern und Obama. Jetzt ist Sir Keir Starmer das, was in herrschenden Kreisen als links gilt.

Ist die Lage hoffnungslos? Für diejenigen, die auf die Aufgeklärtheit der fortschrittlichen Eliten setzen, ist die Lage tatsächlich hoffnungslos. Die Massen als rückständig zu beschimpfen ist alles, was sie tun können, während sie sich selber auf einen Kotau vor der Reaktion vorbereiten. Aber gerade die arbeitenden Massen, auch die Millionen, die Trump unterstützt haben, machen Hoffnung.

Die Liberalen zu besiegen ist das Schlimmste, was den Kräften der populistischen Reaktion passieren kann. Jetzt müssen sie selber durch die ausweglosen Strömungen einer aus den Fugen geratenen Weltordnung navigieren. Es ist eine Sache, den tiefsitzenden Volkszorn gegen die Eliten zu richten. Eine andere ist es, die Ursache für diese Wut zu beseitigen. Trump und seine internationalen Gesinnungsgenossen werden keine andere Wahl haben, als die Arbeiterklasse aller Länder zu unterdrücken und zugrunde zu richten; letztendlich werden sich die Massen gegen sie wenden. In welche Richtung wird diese Energie gelenkt werden? Das ist die große Frage unserer Zeit.

Vor etwas mehr als 30 Jahren wurde der Kommunismus für tot erklärt und der Triumph der liberalen Demokratie über die Sowjetunion als das „Ende der Geschichte" angekündigt. Heute weiß jeder, dass die Geschichte nicht zu Ende ist. Fast jeder weiß oder spürt, dass die liberale Demokratie vollkommen bankrott ist. Der Kommunismus wiederum ist zwar nicht tot, aber auch nicht gerade lebendig. Zersplittert, erstarrt und von der Arbeiterklasse isoliert, haben die Kommunisten einen steinigen Weg zu bewältigen. Da eine neue Periode der Reaktion anbricht, ist es unsere Aufgabe, die verlorene Zeit aufzuholen und die Arbeiterklasse auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten.

Wenn die Kräfte der revolutionären Linken sich weiterhin umsonst an die Rockzipfel der Liberalen klammern, werden sie weiterhin auf die Arbeiterklasse abstoßend wirken und ein unbedeutender Faktor bleiben. Die größte Gefahr für die Linke in der kommenden Periode ist die Erwartungshaltung, dass die Liberalen den „Widerstand" anführen. Genauso zum Scheitern verurteilt ist der Drang bei manchen, sich von den Massen abzusondern und in abstrakte Phrasendrescherei über die Revolution zu flüchten. Diese beiden Tendenzen waren in den letzten Jahrzehnten vorherrschend, beide müssen verworfen werden. Die einzige Möglichkeit für Marxisten, zu einem lebendigen Faktor zu werden, besteht darin, die richtigen Lehren aus den letzten 30 Jahren des Scheiterns zu ziehen und der Arbeiterklasse einen Weg nach vorn zu zeigen, was einen vollständigen Bruch sowohl mit dem Liberalismus als auch mit dem Rechtspopulismus bedeutet.

In der nächsten Zeit werden zweifellos Abwehrkämpfe an der Tagesordnung sein. Während die Liberalen, die den Anspruch hatten, für die unterdrückten Gruppen einzutreten – Schwarze, Muslime, Trans-Menschen, Immigranten, Frauen –, diese im Stich lassen, müssen Kommunisten bei den Kämpfen dieser Gruppen ganz vorne dabei sein. Doch sie müssen diese Bewegungen auf stärkeren Grundlagen aufzubauen versuchen, ohne den Moralismus und die Gefühlsduselei der Liberalen und auf das Engste verbunden mit den materiellen Interessen aller Arbeiter. Letztlich wird die Arbeiterklasse der entscheidende Faktor sein. Damit die Kommunisten sie überzeugen können, müssen sie im Verlauf des Klassenkampfes beweisen, dass sie im Gegensatz zu den heutigen verräterischen Arbeiterführern ein Programm haben, mit dem die Arbeiter ihre Interessen materiell durchsetzen und ihre Befreiung erreichen können. ■

Kontaktadressen

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
E-Mail: spartakisthh@posteo.de
Telefon: (0 40) 32 36 44

spartakist@online.de
@spartakist_IKL
@spartakist_IKL
0174 466 5332
iclfi.org

Netanjahu...

Fortsetzung von Seite 28

Zerstörung ihrer eigenen Volkswirtschaften führt. Sie sind nicht bereit, auch nur irgendwie Ärger zu machen.

Aber was ist mit den Kräften, die sich gegen Israel stellen, wie etwa der Iran? Oder mit den Millionen, die gegen den Völkermord in Gaza demonstriert haben? Warum ist es ihnen nicht gelungen, die blutige Spirale in Vorderasien zu stoppen? Hier müssen wir nicht nur das militärische Kräfteverhältnis betrachten, sondern auch die politischen Aussichten der verschiedenen Gegner von Netanjahu untersuchen. Wie wir sehen werden, liegt der wahre Grund dafür, dass seine Regierung nicht gestoppt werden konnte, darin, dass seine Gegner kein kühnes und kohärentes Programm haben, um den Zionismus besiegen und die imperialistische Herrschaft über die Region abschütteln zu können.

Die Wahl des Ajatollahs: Kapitulation oder Dschihad?

Als erstes müssen wir uns die vom Iran angeführte Achse des Widerstands ansehen, zu der auch die Hisbollah und die Huthis im Jemen gehören. Im Gegensatz zu den meisten anderen muslimischen Regimen, die Israel in Reden verurteilen, in der Praxis aber auf der Seite der USA stehen, haben sich das iranische Regime und seine Verbündeten direkt mit Israel angelegt, unter anderem durch den Abschuss von Raketen auf sein Territorium. Dennoch beweisen Machtdemonstrationen wie die vom 1. Oktober nicht, dass sich die Achse des Widerstands für die Befreiung der Palästinenser einsetzt oder dass sie irgendeinen schlüssigen Plan hat, um Israel oder, noch wichtiger, die USA zu besiegen. Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall.

Die oberste Priorität der iranischen Machthaber ist die Aufrechterhaltung des theokratischen schiitischen Regimes. Seit es durch den Sturz des Schahs, einer US-Marionette, errichtet wurde, steht das Regime in ständigem Konflikt mit den imperialistischen Interessen in der Region. Gleichzeitig schränkt der theokratische und kapitalistische Charakter des Regimes die Fähigkeit des Irans ein, den Imperialismus dadurch zurückzudrängen und zu besiegen, dass er die Völker Vorderasiens in einem gemeinsamen Kampf vereinigt.

Die Probleme des iranischen Regimes beginnen bei der eigenen Bevölkerung, von der viele das Leben unter der Peitsche des islamischen Gesetzes und der Mullahs hassen. Vor allem Frauen werden die grundlegendsten demokratischen Rechte verweigert, darunter auch das Recht, selbst über ihre Kleidung zu entscheiden. Im Iran leben auch verschiedene Nationalitäten und religiöse Gruppen, die unter Unterdrückung und Verweigerung der nationalen Rechte leiden. Diese internen Spannungen traten bei der sozialen Explosion im Jahr 2022 nach dem Tod von Jina Amini in Polizeigewahrsam deutlich zutage.

Diese angespannte innere Situation bedeutet, dass jede Bedrohung, die von den Imperialisten und Israel ausgeht, durch die Stabilisierung der inneren Front ausgeglichen werden muss, die den regierenden Klerikern in vielerlei Hinsicht gefährlicher erscheint. Dies erklärt, warum der Ajatollah inmitten des israelischen Völkermords in Gaza Massud Peseschkian erlaubte, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren und auf einer Plattform zur Beschwichtigung des Westens gewählt zu werden. Dies war keine Kehrtwende, sondern eine logische Folge der verkündeten Doktrin der „strategischen Geduld" gegenüber Israel. Der reformorientierte Flügel des Regimes glaubt, dass er, wenn er eine direkte Konfrontation mit Israel vermeiden und vom Westen wirtschaftliche Zugeständnisse erhalten kann, in der Lage sein wird, die internen Spannungen abzubauen und die Stabilität des Regimes zu sichern.

Die Reformer sind sich bewusst, dass der Preis für solche Zugeständnisse darin besteht, den Palästinensern und ihren anderen Verbündeten in den Rücken zu fallen. Ende September, während Israel die Hisbollah – Irans wichtigsten Verbündeten in der Region – aktiv enthauptete, war Präsident Peseschkian in New York, um für die Wiederaufnahme der Atomverhandlungen von 2015 zu werben. Die schockierende Untätigkeit angesichts der israelischen Aggression gegen den Libanon wurde von einem Insider des Regimes in der *Financial Times* (26. September) mit den Worten gerechtfertigt: „Zwangsläufig werden einige wichtige Fragen zugunsten dringenderer Fragen zurückgestellt, zumindest vorübergehend. Das ist der Preis, den man zahlt, wenn man sein Vorgehen im Kampf anpasst."

Es gibt natürlich noch einen anderen Flügel der herrschenden Klasse, die sogenannten „Hardliner", die im Inneren eine drakonischere religiöse Ordnung durchsetzen und gegenüber Israel einen konfrontativeren Kurs verfolgen wollen. Es ist in der Tat möglich, dass der Iran in einem langen Zermürbungskrieg mit Israel und den USA als Sieger hervorgehen könnte. Dies würde jedoch zu einem schrecklichen Preis und unter großem Risiko für das Regime geschehen.

Natürlich sind die Vereinigten Staaten und Israel militärisch sehr stark. Hinzu kommt jedoch, dass die Kriegsanstrengungen des Irans durch seinen religiösen Charakter behindert würden. Angesichts des Charakters der Islamischen Republik würde jeder Krieg weitgehend auf schiitischem Sektierertum beruhen. Auf dieser Grundlage ist es unmöglich, die Völker der gesamten Region gegen Imperialismus und Zionismus zu vereinen. Ein solcher Krieg würde einen großen Teil Vorderasiens entfremden und es dem Feind – und den sunnitischen Regimen, die der Schia feindlich gegenüberstehen – leicht machen, religiöse und nationale Konflikte unter den verschiedenen unterdrückten Gruppen zu schüren. Dieser Überlegung zufolge wird ein Krieg mit Israel sehr viel kostspieliger und sein Ausgang für die herrschenden Kleriker sehr viel ungewisser.

Der Libanon liefert ein gutes Beispiel für dieses Problem. Die französischen Kolonialisten haben den Libanon bewusst entlang konfessioneller Linien aufgebaut, um die verschiedenen religiösen Gruppen gegeneinander auszuspielen und ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Doch anstatt diese Spaltung zu überwinden und sich darum zu bemühen, Sunniten, Schiiten und Christen gegen den Imperialismus und Israel zu vereinen, hat der Iran seine Bemühungen auf den Aufbau der Hisbollah konzentriert, einer auf der schiitischen Gemeinde basierenden Miliz.



Dies bedeutet, dass die Hisbollah in jedem Konflikt mit Israel nicht nur dem äußeren Feind gegenübersteht, sondern auch die Beziehungen zu anderen religiösen Gruppen im Libanon ausgleichen muss. Diese Überlegung ist sicherlich ein wichtiger Faktor für die Zurückhaltung der Hisbollah seit dem 7. Oktober.

Es liegt auf der Hand, dass weder die Hisbollah noch der Iran sich zutrauen, Israel zum jetzigen Zeitpunkt zu konfrontieren. In den letzten Wochen konnte Netanjahu die Unentschlossenheit und das Zaudern seiner Gegner mit verheerender Wirkung ausnutzen. Israel gelang es, die Führung der Hisbollah zu enthaupten und den Iran als unzuverlässigen Verbündeten bloßzustellen. Angesichts der Demütigung reagierte das iranische Regime schließlich mit dem Abschuss einer Salve von 180 ballistischen Raketen auf Israel. Nun liegt die Initiative wieder bei Israel, das entscheiden wird, ob es den Konflikt weiter eskalieren will.

Man muss bedenken, dass es keineswegs sicher ist, dass ein totaler Krieg im Nahen Osten die Position der USA und Israels stärken würde – tatsächlich ist eher das Gegenteil wahrscheinlich. Um die Befreiung der Palästinenser und die Emanzipation der Arbeiterklasse voranzubringen, kann man nicht auf die Achse des Widerstands zählen. Erforderlich ist vielmehr ein Programm, das sich unnachgiebig gegen den Imperialismus stellt und die Völker des Nahen Ostens vereinen kann. Die Säulen eines solchen Programms müssen sein:

- *Verteidigt Gaza, das Westjordanland, den Jemen, den Libanon und den Iran gegen zionistische und imperialistische Angriffe!*
- *Nationale Befreiung Palästinas und Anerkennung der vollen nationalen Rechte, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen!*
- *Keine Staatsreligion, kein Aufzwingen des Schleiers!*
- *Verstaatlicht das Eigentum der Imperialisten und ihrer einheimischen Handlanger!*

Liberaler Zionismus: reaktionär und impotent

Trotz des Wunschdenkens der Ideologen der Achse des Widerstands ist Israel kein Papiertiger. Es wird nicht zusammenbrechen, wenn sein Narrativ entlarvt wird oder wenn es wirtschaftliche Schläge erleidet – selbst schwere. Die beiden Säulen der Stärke Israels sind die Unterstützung durch die USA und die Existenz einer konsolidierten jüdischen Nation auf dem Gebiet Palästinas. Das bedeutet, dass selbst wenn es möglich wäre, Israel eine verheerende militärische Niederlage zuzufügen, die seine Existenz in Frage stellen würde, kein Zweifel daran besteht, dass die Zionisten in der Lage wären, katastrophale Zerstörungen anzurichten, und dass ein Großteil der israelischen Bevölkerung bis zum bitteren Ende für ihre nationale Existenz kämpfen würde. Die militärische Konfrontation der gesamten israelischen Nation garantiert ein Maximum an Widerstand und Zerstörung. Wenn man es mit der palästinensischen Befreiung ernst meint, muss man daher eine Strategie verfolgen, um die nationale Einheit Israels zu untergraben und einen wichtigen Teil der Bevölkerung vom Zionismus zu brechen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es in Israel tatsächlich erhebliche Risse gibt. Die Spannungen innerhalb Israels spiegeln das unaufhaltsame Abgleiten des Landes in eine totalitäre, militarisierte Theokratie wider, auch für Juden. Diese Entwicklung zeigt, dass eine Gesellschaft, die auf nationaler Unterdrückung beruht, nicht nur die Unterdrückten – in diesem Fall die Palästinenser – erniedrigt, sondern auch die unterdrückende Nation in die Barbarei treibt.

Sowohl die Massendemonstrationen von 2023 gegen Netanjahus antidemokratische Justizreform als auch die jüngsten Demonstrationen, die einen Waffenstillstand zur Befreiung der Geiseln in Gaza forderten, waren Bewegungen, die sich auf den liberalen Flügel der zionistischen herrschenden Klasse stützten. Dieser Teil der israelischen Gesellschaft wehrt sich gegen die kriegerischsten und theokratischsten Aspekte der Regierungspolitik und bekennt sich gleichzeitig uneingeschränkt zum Zionismus, d.h. zur nationalen Unterdrückung der Palästinenser. Dies verleiht dem liberalen Zionismus einen reaktionären Charakter. Das bedeutet auch, dass er dem rechten Flügel der israelischen Gesellschaft völlig hilflos gegenübersteht.

Die Logik des Zionismus ist so, dass die wütendste und konfrontativste Fraktion der herrschenden Klasse immer konsequenter sein wird als diejenigen, die sich in hochgesinnte Ideale hüllen, während sie das historische Verbrechen der palästinensischen Enteignung weiter verteidigen. Der Bankrott der liberalen zionistischen Bewegungen zeigt sich deutlich daran, dass sie sich in dem Moment verflüchtigen, in dem sich die Frage der nationalen Verteidigung Israels in irgendeiner Weise ernsthaft stellt. Nach dem 7. Oktober beeilten sich einige von Netanjahus schärfsten Gegnern, seiner Regierung der nationalen Einheit beizutreten. Und nach Israels Offensiven gegen den Libanon hat sich die Bewegung zur Befreiung der Geiseln sofort selbst demobilisiert. Im Grunde genommen kann es keine ernsthafte Opposition zu Netanjahus Fanatikerbande geben ohne einen politischen Bruch mit dem Zionismus und eine Verteidigung der palästinensischen Befreiung.

In Israel gibt es kleine Kräfte, die sich gegen die Unterdrückung der Palästinenser stellen. Sie sehen sich zwar intensiver Unterdrückung ausgesetzt, versäumen es aber, sich dem Hindernis zu stellen, das der liberale Zionismus darstellt. Im Falle von Gruppen wie der Internationalist Socialist League (die der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz RCIT angeschlossen ist) lautet das Argument, dass im Grunde, da Israel ein Siedler-Kolonialstaat ist, nichts getan werden kann, um die israelische Arbeiterklasse vom Zionismus zu brechen. Für sie besteht die Aufgabe einfach darin, in liberaler Solidarität mit den Palästinensern zu stehen, ohne zu versuchen, die israelische Gesellschaft zu beeinflussen. Dann gibt es Leute wie Socialist Struggle (die der ISA, in Deutschland SAV, angehören), die liberale zionistische Bewegungen bejubeln. So begrüßten sie beispielsweise den eintägigen Generalstreik Anfang September, ohne sich jedoch gegen den Zionismus auszusprechen, und kehren die Tatsache unter den Teppich, dass er von einer Gewerkschaftsbürokratie organisiert wurde, die sich ganz der nationalen Unterdrückung der Palästinenser verschrieben hat. In beiden Fällen ist man nicht bereit oder nicht in der Lage, sich mit den tief verwurzelten zionistischen Überzeugungen der Arbeiter auseinanderzusetzen.

Um die israelische Gesellschaft zu knacken, muss man über die Ideen in den Köpfen der Einzelnen hinausgehen und die materiellen Interessen der verschiedenen Klassen betrachten. Während Israel aufgrund seiner Rolle als Schläger der Imperialisten in der Region von einem höheren Lebensstandard profitiert, sind die Bedingungen für israelische Arbeiter – einschließlich jüdischer Arbeiter – nicht gut. Die palästinensische Unterdrückung kommt jüdischen Arbeitern nicht zugute – sie zieht sie nach unten, indem sie sie machtlos macht, ihre eigenen Interessen gegen patriotische Bosse und Machthaber zu verteidigen. Sie macht sie auch zu Vollstreckern der barbarischen Unterdrückung der Palästinenser, bedroht ihr Leben und das ihrer Familien und entwürdigt ihre eigene Menschlichkeit.

Der Schlüssel zur Lösung dieser Widersprüche liegt darin, den Zionismus mit einem Programm zu untergraben, das sich sowohl gegen seinen rechten *als auch* seinen liberalen Flügel richtet.

- *Volle demokratische Rechte für alle Palästinenser vom Fluss bis zum Meer – solange die Palästinenser unterdrückt sind, werden die israelischen Arbeiter niemals frei sein.*
- *Brecht die Verbindung mit den USA ab – als Erfüllungsgehilfen des Imperialismus zu dienen wird niemals Sicherheit bringen.*
- *Umverteilung von kapitalistischem Land und Reichtum an Arbeiter und Palästinenser.*

Harakiri für Harris

Um den israelischen Angriff zu stoppen, muss der Waffenfluss aus dem Westen, vor allem aus den USA, gestoppt werden. Im vergangenen Jahr gab es unzählige pro-palästinensische Demonstrationen und sogar eine kurzlebige, aber militante Studentenbewegung gegen den Völkermord in Gaza. In den letzten Wochen hat sich die Bewegung in den USA jedoch weitgehend selbst aufgelöst, um die Wahlchancen von Kamala Harris nicht zu beeinträchtigen, von der jeder weiß, dass sie sich voll und ganz für die Verteidigung Israels einsetzt.

Nichts symbolisiert die derzeitige Sackgasse mehr als die erbärmliche „Uncommitted"-Bewegung. Vor einigen Monaten ermutigte sie die Wähler der Demokratischen Partei bei den Vorwahlen, „uncommitted" auf ihre Stimmzettel zu schreiben, um Druck auf die Parteiführung auszuüben. Obwohl Tausende dem Beispiel der Bewegung folgten, hat sie vorhersehbar nichts erreicht und wurde von den Demokraten in die Ecke gedrängt. Sogar die erbärmliche Forderung der Bewegung, einen einzigen palästinensischen Redner – egal welchen – auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago sprechen zu lassen, wurde ihr verwehrt. Jetzt, nach wochenlangem Kriechen und mit nichts in der Hand, was ihre Bemühungen belohnt hätte, lehnte es die „Uncommitted"-Bewegung ab, Harris zu unterstützen, und plädierte stattdessen dafür, gegen Trump zu stimmen ... aber nicht für eine dritte Partei, d. h. für Harris zu stimmen.

Dieses jämmerliche Schauspiel – das von den meisten Linken auf Schritt und Tritt bejubelt wird – erklärt zu einem guten Teil, warum die palästinensische Bewegung im Westen so unwirksam war, wenn es darum ging, auch nur das geringste Zugeständnis herauszuholen, geschweige denn Waffenlieferungen zu stoppen. Anstatt eine Opposition der Arbeiterklasse gegen die beiden Parteien des US-Imperialismus aufzubauen, von denen jede darum wetteifert, zionistischer zu sein als die andere, hat die Bewegung versucht, die Demokratische Partei auf die Seite Palästinas zu ziehen. Wie absurd diese Strategie ist, zeigt die Tatsache, dass sogar die palästinensische amerikanische Kongressabgeordnete Rashida Tlaib, die den Zorn der gesamten US-Medien und des Establishments auf sich gezogen hat, in der Demokratischen Partei geblieben ist, die den Völkermord unterstützt. Dies zeigt, dass nicht die palästinensische Bewegung die Demokratische Partei beeinflusst hat, sondern dass die Bewegung sich für die Demokraten geopfert hat.

In der Zwischenzeit streikten Zehntausende von Boeing-Mechanikern und ILA-Hafenarbeitern. Obwohl die ILA in krimineller Weise weiterhin Waffen lieferte, verursachten die Streiks sicherlich mehr Störungen für die US-Waffenhersteller als alle Campus-Besetzungen zusammen. Das Problem ist, dass die pro-palästinensische Bewegung völlig unfähig ist, mit diesen Arbeitern in Kontakt zu treten, von denen viele das liberale Establishment bis auf die Knochen hassen und lieber Trump wählen würden. Im besten Fall halten die liberalen Aktivisten den Arbeitern moralische Vorträge, warum sie Palästina unterstützen sollten, im schlimmsten Fall behandeln sie konservative Arbeiter mit Verachtung und als „Teil des Problems".

Was die Liberalen übersehen, ist der grundlegende Punkt, dass es nicht im Interesse der amerikanischen Arbeiter ist, Raketen zu verschiffen, die Tod und Chaos in der Welt verursachen. Es sind die Kinder amerikanischer Arbeiter, die als erste geschickt werden, um für die Profite des US-Imperialismus zu töten und getötet zu werden. Viele Arbeiter wissen instinktiv, dass die zunehmende Unsicherheit und Prekarisierung, mit der sie in ihrem täglichen Leben konfrontiert sind, viel mit Amerikas ewigen Kriegen zu tun haben. Anstatt einen Kotau vor der Partei zu machen, die Völkermord begeht und Streiks bricht, und anstatt zu versuchen, der Arbeiterklasse liberales Gefasel aufzutischen, muss die pro-palästinensische Bewegung versuchen, die palästinensische Sache mit der Emanzipation der Arbeiterklasse in den USA selbst zu verbinden.

- *Stoppt Waffenlieferungen an Israel! Die Verbrechen der USA im Ausland gehen auf Kosten der Arbeiter im eigenen Land.*
- *Für die Befreiung der Schwarzen, für die Befreiung der Palästinenser!*
- *Gegen Demokraten und Republikaner! Für eine Arbeiterpartei – Wählt die PSL!*

Wo sind die BRICS?

Ein wirksames Bündnis ist eines, bei dem das Ganze stärker ist als die Summe seiner Teile. Der Block BRICS+





Adam J. Dewey/Anadolu



Carlos Osorio/AP

USA, Michigan, 7. August: Harris bestätigt während Wahlkampagne selbstgefällig „eiserne" Unterstützung für Israel, sagt Pro-Palästina-Aktivisten, sie sollen die Klappe halten, und lässt sie rauswerfen



Jason Redmond/AFP

Boeing-Streik in den USA, Seattle, 15. Oktober: Mechaniker-Komitee *IAM 751 Mobilize!* kämpfte für Massenstreikposten. Kampf für Freiheit Palästinas muss mit Arbeiterklasse verbunden werden

ist genau das Gegenteil davon. Wenn es um Palästina oder einen anderen großen geopolitischen Konflikt geht, ist er völlig irrelevant. Das Problem ist, dass jedes Mitgliedsland sehr unterschiedliche und oft gegensätzliche Interessen hat. In der Frage des Gaza-Krieges gibt es zum Beispiel einen Mitgliedsstaat, den Iran, der sich in einem direkten Konflikt mit Israel befindet. Und dann gibt es noch Indien, das enge Beziehungen zu Israel unterhält und von einer chauvinistischen antimuslimischen Partei regiert wird. Wenn es um Palästina geht, werden die BRICS+ als Block ganz klar keine unabhängige Rolle spielen.

Aber was ist mit den anderen großen Ländern, die diesen Block bilden, wie Russland und China? Russland hat den Iran in gewissem Umfang militärisch unterstützt, unter anderem mit Luftabwehrbatterien. Russland scheint jedoch mehr daran interessiert zu sein, eine regionale Eskalation zu vermeiden, als die Sache der palästinensischen Befreiung voranzutreiben. Letztendlich gibt es trotz des Geschreis über den russischen Imperialismus keine Anzeichen dafür, dass Russland versucht, die Situation auszunutzen, um den Einfluss der USA aus der Region zu verdrängen. Vielmehr konzentriert sich Russland darauf, den Krieg in der Ukraine zu beenden und schließlich eine Einigung mit den USA über die künftige Sicherheitsarchitektur in Europa zu erzielen.

Und China? Sicherlich würde ein Regime, das sich als kommunistisch bezeichnet, den palästinensischen Widerstand materiell unterstützen, wie es die Sowjetunion für die Palästinensische Befreiungsorganisation tat. Ha! Über leere Gesten und pazifistische Plattitüden hinaus hat die Kommunistische Partei (KPCh) keinen Finger für die palästinensische Sache gerührt. Und das, obwohl die Befreiung Palästinas und die Vertreibung der amerikanischen Macht aus Vorderasien viel dazu beitragen würden, die Bedrohung Chinas durch die USA in Ostasien zu verringern. Die KPCh ist zu sehr damit beschäftigt, sich bei den schlimmsten Golf-Autokraten und israelischen Kapitalisten einzuschmeicheln, als dass sie dem Antiimperialismus und den nationalen Befreiungskämpfen Aufmerksamkeit schenken würde, ganz zu schweigen von der weltweiten proletarischen Revolution.

Von allen ursprünglichen BRICS-Ländern hat Südafrika wahrscheinlich am meisten getan, um zu signalisieren, dass es moralisch an der Seite Palästinas steht. Unter großem Trara hat es beim Internationalen Strafgerichtshof eine Klage gegen Israel wegen Völkermordes eingereicht. Und das Ergebnis? Natürlich nichts. Der IStGH ist nur dazu da, gestürzte afrikanische Diktatoren und Feinde der USA ins Visier zu nehmen. Diese leere Machtdemonstration hatte viel mehr damit zu tun, Ramaphosa und die linke Flanke des ANC vor den jüngsten Wahlen zu stützen, als mit irgendeinem ernsthaften Engagement für die Befreiung Palästinas. Tatsächlich ist Präsident Ramaphosa gleich nach den Wahlen in eine Koalition mit den fanatischen zionistischen Erben des Apartheidregimes gesprungen. Von dieser Regierung wird Palästina sicherlich keine Unterstützung erhalten.

Bedeutet dies, dass die Situation hoffnungslos ist? Weit gefehlt. Man braucht die BRICS nicht zu loben, um anzuerkennen, dass Amerikas Griff auf die Welt immer schwächer wird. Milliarden von Arbeitern und Unterdrückten haben von den USA und ihrer zerbröckelnden Ordnung nur Elend und Krieg zu erwarten. Sobald man aufhört, den verrotteten Regimen zu vertrauen, die den Status quo schönreden und unterstützen, wird klar, dass es ein riesiges Potenzial gibt, die Opfer des US-Imperialismus auf der ganzen Welt zu vereinen – von Palästina über Mexiko bis zu den Philippinen und in den USA selbst.

- ***Für eine antiimperialistische Front gegen Israel und die USA!***
- ***Verstaatlicht alles imperialistische Vermögen und streicht die Schulden!***
- ***Keine Illusionen in BRICS – Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!***

Was nun?

Die Lage ist düster. Jeden Tag werden mehr Palästinenser von der IDF (israelische Streitkräfte) getötet und Hunderttausende sind von Hunger und Krankheiten bedroht. Im Westjordanland wird immer mehr palästinensisches Land gestohlen. Israel zeigt jetzt alle Anzeichen dafür, dass es den Libanon in ein neues Gaza verwandeln und den Iran in die Knie zwingen will. Ob es damit Erfolg haben wird, steht auf einem anderen Blatt. Wenn das vergangene Jahr jedoch eines gezeigt hat, dann, dass es keinen Platz für törichten Optimismus gibt. Die UNO, die internationale Gemeinschaft, der Internationale Strafgerichtshof, die BRICS, die muslimischen Regime – niemand wird den Palästinensern zu Hilfe kommen. Es ist an der Zeit, sich der harten Realität zu stellen und die Lehren aus den katastrophalen Ergebnissen der letzten 12 Monate zu ziehen. Die derzeitigen Führer des palästinensischen Widerstands sind dieser Aufgabe nicht gewachsen. Auch die internationale pro-palästinensische Bewegung ist es nicht.

Kommunisten und Sozialisten haben in der arabischen Welt wenig zu melden, nicht zuletzt weil sie bisher keinen Weg für eine echte nationale Befreiung aufgezeigt haben (siehe „Marxisten und Palästina: 100 Jahre Versagen“, Spartacist, englischsprachige Ausgabe Nr. 69). Jeden Tag wird jedoch deutlicher, dass auch die Kräfte des politischen Islam keine Antwort haben. Dies eröffnet der Arbeiterbewegung die Möglichkeit, auf der Seite der Palästinenser den Kampf aufzunehmen und eine Alternative anzubieten.

Die Aufgabe besteht darin, die Kämpfe der Arbeiter im eigenen Land auf internationaler Ebene mit dem Kampf für die Befreiung Palästinas zu vereinen. Dies wird nur möglich sein, wenn gegen den bankrotten Weg gekämpft wird, den die Gewerkschaftsbürokraten, die Liberalen und die Versöhnler, die bisher das Sagen hatten, eingeschlagen haben. Es ist die dringende Aufgabe aller Sozialisten, Arbeiter- und palästinensischen Aktivisten, diesen Kampf für einen neuen Kurs zu debattieren und zu organisieren. Wir können nicht zulassen, dass das nächste Jahr so wird wie das letzte. ■

Nieder mit der Repression!

— Freiheit für Palästina! —

Welchen Weg vorwärts für die Palästina-Bewegung?

Wir drucken hier ein Flugblatt ab, das wir zuerst am 22. April herausbrachten. Es ist verbunden mit dem Aufruf, einen Kampf in der Linken zu organisieren und einen Antiimperialistischen Pol aufzubauen. Siehe Seite 5 und 6 in dieser Ausgabe.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) verurteilt aufs Schärfste die Repression gegen den Palästina-Kongress durch den deutschen Staat, ebenso die monatelange Hetze gegen den Kongress, die Kontosperrung gegen die Jüdische Stimme und Einreiseverbote gegen die Sprecher im Vorfeld. Der Polizeiangriff auf den Kongress ist das jüngste, zugespitzte Beispiel der Staatsrepression zur Unterstützung des israelischen Völkermords an den Palästinensern. Jegliche Kritik an Israel wird zu „Antisemitismus“ erklärt – mit dem Ziel, jede Stimme für Palästina mundtot zu machen und den Widerstand zu brechen.



Imago/Ipon

Demo 4. November 2023: Spartakist kämpfte von Anfang an gegen anti-palästinensische Staatsrepression und für Einheitsfront der Linken

Die gesamte Linke und alle, die für Palästina kämpfen wollen, müssen sich dieser Repression vereint entgegenstellen. Wir brauchen eine starke und große Palästina-Bewegung. Die ***entscheidende Kraft***, die wir mobilisieren müssen, ist die organisierte ***Arbeiterklasse***: gegen den Völkermord, für die Freiheit Palästinas, gegen Waffenlieferungen an Israel, gegen die Staatsrepression, gegen das Verbot von Samidoun, Hamas und jeder anderen palästinensischen Organisation. Auch auf dem Palästina-Kongress selbst hätte ein Gewerkschaftskontingent zur Verteidigung einen machtvollen Unterschied gemacht.

Dass die Arbeiter für Palästina kämpfen müssen, ist keine moralische Frage, sondern liegt in ihrem eigenen Interesse. Jeder Kampf der Arbeiter gegen die pro-zionistische nationale Einheit stärkt ihre eigene Position gegen die deutsche Bourgeoisie: z.B. für höhere Löhne gegen die Inflation oder gegen die Privatisierung im Hamburger Hafen. Aber wie kommen wir dahin?

Kämpft gegen die pro-zionistischen Arbeiterführer!

Was die Arbeiter davon abhält, für Palästina zu kämpfen, ist neben Repression und „Antisemitismus“-Keule vor allem ihre eigene Führung in SPD, LINKE und Gewerkschaften, die den pro-zionistischen Kurs der Regierung voll unterstützt. Solange die Arbeiterklasse von eingeschworenen Pro-Imperialisten und Pro-Zionisten wie Scholz, Lederer, Fahimi oder Werneke geführt wird, kommen wir keinen wirklichen Schritt voran.

Auch LINKE-Politiker wie Elke Breitenbach und Klaus Lederer haben die Hetze gegen den Palästina-Kongress massiv angeheizt. Kein Wunder, denn die zentrale Führung der LINKEN hat sich vollkommen in die deutsche Staatsräson eingereiht und Palästina verraten und stimmte etwa für das Verbot von Samidoun – gemeinsam mit Ampel, CDU und AfD.

Der Schlüssel, um die Palästina-Bewegung voranzubringen, ist der Kampf für eine ***Führung der Arbeiterklasse***, die gegen die deutschen Imperialisten und für die Befreiung des palästinensischen Volkes eintritt. Als Ansatzpunkt, um diesen Kampf in die Arbeiterorganisationen zu bringen, haben Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei einen Aufruf gestartet, einen ***Antiimperialistischen Pol (AIP) in der LINKEN*** aufzubauen (siehe Aufruf auf der Rückseite).

Am Samstag, den 13. April – ein Tag nach dem Polizeiangriff auf den Palästina-Kongress – hielt der linke, pro-palästinensische Neuköllner Bezirksverband der LINKEN seine Mitgliederversammlung ab. Richtigerweise solidarisierte sie sich mit dem Palästina-Kongress und kritisierte Lederer und Breitenbach. Damit diese Solidarität aber kein leeres Wort bleibt, haben Genossen von SpAD und AIP einen Antrag eingebracht, dafür zu kämpfen, dass DIE LINKE ihr Karl-Liebknecht-Haus in Berlin sofort zur Verfügung stellt und so den Kongress ermöglicht.

Leider hat die übergroße Mehrheit der LINKEN-Versammlung ***gegen*** diesen Antrag gestimmt. Warum? Offensichtlich wäre das eine Positionierung für Palästina durch Taten und damit gegen die Parteiführung gewesen. Und das ist der springende Punkt: Um die guten Worte in Taten umzusetzen, die wirklich etwas ändern können, müssen wir

frontal gegen diese pro-zionistische Führung angehen. Genau dazu war die große Mehrheit der Linken in der LINKEN nicht bereit. Es war ihnen wichtiger, eine direkte Konfrontation mit Wissler, Lederer und Co. zu vermeiden, als für Palästina zu kämpfen.

Schluss mit machtlosen Appellen! Kampf dem deutschen Imperialismus!

Der Staat Israel, der auf der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser beruht, konnte nur gegründet werden und weiterexistieren durch die felsenfeste Unterstützung der imperialistischen Mächte. Unterstützung für ihren Handlanger Israel ist für die Imperialisten – angeführt durch die USA und besonders auch für die deutsche Bourgeoisie – nicht verhandelbar. Auch wenn sie vermehrt rhetorische Kritik an Netanjahu üben und Krokodilstränen über die „humanitäre Katastrophe" in Gaza vergießen: Der Völkermord geht weiter.

Ohne ein proletarisches Kampfprogramm gegen den Imperialismus mit der Perspektive, ihn durch Arbeiterherrschaft zu ersetzen, bleibt nur die fromme Illusion, Gerechtigkeit von den imperialistischen Herrschern zu verlangen oder sie für die Sache der Palästinenser zu gewinnen. Das ist der Kern des Programms von liberalen pro-palästinensischen Organisationen (Jüdische Stimme, BDS), die ihre Hoffnung setzen auf das Eingreifen der Imperialisten, der UNO oder des Internationalen Gerichtshofs, damit diese sich gegen Israel stellen.

Auf der Mitgliederversammlung der LINKEN Neukölln kam es auch darüber zur Kontroverse. Die Leitung des Bezirksverbands bestand in ihrem Antrag darauf, die Bundesregierung aufzufordern, „sich für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand einzusetzen und die deutschen Waffenexporte nach Israel zu stoppen". Gegen die illusorische Aufforderung an die Regierung haben unsere anwesenden Genossen erklärt: Appelle an die deutsche Regierung, die mitverantwortlich für die Unterdrückung der Palästinenser ist, sind nicht nur eine komplette Illusion, sondern untergraben den Kampf für den einzigen Weg vorwärts – den Kampf der Arbeiter gegen den Imperialismus zu organisieren. Den Stopp des Völkermordes oder einen Waffenstillstand können wir nur durch Klassenkampf *gegen* die Imperialisten erzwingen.

Unsere Genossen argumentierten deshalb, dass wir nicht auf die Regierung, sondern im Gegenteil auf die unabhängige Aktion der Arbeiter setzen müssen, und stellten daher einen wichtigen Änderungsantrag: DIE LINKE muss *in den Gewerkschaften* dafür eintreten, Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Auch dieser Vorschlag wurde mit großer Mehrheit niedergestimmt (die Genossen der Sol haben unseren Antrag unterstützt).

Auch wenn unsere Vorschläge nicht gewonnen haben, gibt es in der LINKEN pro-palästinensische Kräfte, die im Kampf für Palästina notgedrungen in Konflikt mit der Parteiführung geraten werden. Im Moment liegen sie am Boden. Ein energischer Kampf, diese Situation umzudrehen, kann ein Fokus für die berechtigte Wut von Jugendlichen und Arbeitern werden und hat daher ein großes Potential. Unsere Intervention hat einen Weg nach vorne aufgezeigt und wir werden weiter dafür eintreten, die antiimperialistischen Kräfte im Kampf gegen die Führung zusammenzubringen.

Nur kommunistische Führung kann Freiheit für Palästina erringen – nicht Hamas!

Das Massaker an den Palästinensern dauert schon über sechs Monate an. Weder liberale Appelle an die Imperialisten noch die Strategie der Hamas haben den zionistischen Terrorapparat stoppen können. Die Hamas steht zwar im



HafenKomitee@proton.me

Hamburg, 12. Oktober auf der Demo für Palästina

Moment an der Spitze des palästinensischen Kampfes, doch mit ihrem wahllosen Terror an der jüdischen Zivilbevölkerung, ihrer rein militärischen Strategie und Ablehnung einer proletarischen Perspektive führt sie die Palästinenser geradewegs in die Katastrophe. Es gibt nur einen Weg, die zionistischen Herrscher und ihren Staat zu besiegen, nämlich von innen heraus: Wir müssen die Polarisierungen innerhalb Israels verstärken und vertiefen, indem wir aufzeigen, dass der Kampf der jüdischen Arbeiter für ihre eigenen Interessen gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker es notwendig macht, sich auf die Seite der Palästinenser zu schlagen. Die einzige Perspektive in diese Richtung ist der Aufbau einer kommunistischen Führung, die die israelisch-jüdische Arbeiterklasse gegen den zionistischen Staat und für die Befreiung Palästinas mobilisiert und den Klassenkampf von Gaza über Israel bis in die imperialistischen Zentren entfesselt.

Wir Spartakisten, international und in Deutschland, haben von Anfang an für eine solche revolutionäre Perspektive gekämpft. Es gab immer wieder Versuche, unsere Kritik insbesondere an der Hamas mundtot zu machen. Das letzte Beispiel war die Protestdemo am 13. April gegen das Verbot des Palästina-Kongresses, wo wir von den Organisatoren aufgefordert wurden, unsere Kritik fallen zu lassen – oder die Demo zu verlassen. Wir haben diese Einschränkung nicht akzeptiert und die Demo unter Protest verlassen. Diese Zensur, die eine offene Diskussion über die richtige Strategie im palästinensischen Befreiungskampf verhindern soll, schwächt die ganze Bewegung und wird nur zu weiterer Demoralisierung führen.

Wo steht die marxistische Linke? Nehmen wir Arbeiter:innenmacht oder Revolutionäre Linke. Zwar kritisieren sie die Hamas und sprechen von der Notwendigkeit, die jüdisch-israelische Arbeiterklasse für die Freiheit Palästinas zu gewinnen und den Imperialismus zu bekämpfen. Beide Gruppen haben auch einen Beitrag zum Aufbau des Palästina-Kongresses geleistet – sehr gut. Aber ihre zentrale Intervention bei den zahlreichen Protesten seit Oktober oder beim Palästina-Kongress bestand gerade *nicht* darin aufzuzeigen, wie das Programm der Führer der Palästina-Bewegung, sei es ihr Liberalismus oder ihr Nachtraben hinter der Hamas, dem Kampf für die Befreiung Palästinas im Wege steht. Sie lehnen es ab, den politischen Kampf gegen die Führung aufzunehmen und für eine kommunistische Alternative zu kämpfen.

Schluss damit! Kämpfen wir jetzt dafür, diese kommunistische Führung in der Arbeiterbewegung aufzubauen!

SPARTAKIST

Zionistisches Gemetzel breitet sich aus

Warum kann niemand Netanjahu stoppen?

Nachfolgend drucken wir die internationale Spartacist-*Erklärung vom 4. Oktober ab.*

In dem Jahr nach dem 7. Oktober hat die zionistische Höllenmaschine Zehntausende von Palästinensern massakriert. Jetzt droht sie durch ständige Eskalation mit einem großen regionalen Krieg. Im April bombardierte Israel die iranische Botschaft in Syrien, im Juli ermordete es den Hamas-Führer Ismail Haniyeh in Teheran, und seither hat es eine Offensive gegen die Hisbollah gestartet, Tausende von Pagern explodieren lassen, ihre Führer – darunter Hassan Nasrallah – getötet und den Südlibanon überfallen. Als Reaktion auf Israels Verbrechen haben Millionen Menschen demonstriert, der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat eine Untersuchung eingeleitet, und Iran und Hisbollah haben Raketen auf Israel abgefeuert. Doch nichts scheint Israels Eskalation aufhalten zu können.



Getty (oben); AP (unten)

Netanjahu bei UN-Generalversammlung (oben), 27. September. Israel bombardiert Dahieh, südlich von Beirut, Libanon, 2. Oktober

Das liegt zum Teil daran, dass Netanjahus Regierung aus Schlächtern und Fanatikern ihr Ziel klar vor Augen hat: die ethnische Säuberung der Palästinenser vom Fluss bis zum Meer. Das Hindernis, mit dem sie konfrontiert ist, besteht darin, dass der Iran in den letzten Jahrzehnten die militärische Vorherrschaft Israels in der Region schrittweise untergraben hat. Der Iran hat nicht nur moderne Waffen entwickelt, einschließlich der Technologie für Atomwaffen, sondern auch die verheerenden US-Kriege in der Region genutzt, um ein Netzwerk mächtiger Milizen zu konsolidieren. Diese Entwicklungen werden als existenzielle Bedrohung für Israels zionistisches Projekt angesehen.

Jetzt sieht die zionistische Rechte eine historische Chance, dem Iran einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Israels Bevölkerung ist seit dem 7. Oktober in einen völkermörderischen Rausch versetzt worden, sein internationales Ansehen ist bereits zerstört, und die USA versprechen bedingungslose Unterstützung. Vor diesem Hintergrund glaubt Netanjahu, dass er durch eine kontinuierliche Eskalation des Konflikts entweder eine weitgehende Kapitulation des Irans und seiner Verbündeten erreichen oder die USA in einen direkten Krieg mit der Islamischen Republik hineinziehen kann. In beiden Fällen hofft er, eine ungehinderte Expansion in das verbleibende palästinensische Gebiet und die langfristige Verteidigung der Grenzen Israels sicherzustellen.

Die Frage bleibt jedoch bestehen: „Warum kann niemand Netanjahu aufhalten?“ In einigen Fällen ist die Antwort offensichtlich. Die USA mögen einen Krieg mit dem Iran derzeit nicht für wünschenswert halten, aber das ist völlig zweitrangig gegenüber ihrer Verpflichtung, Israel in jedem Fall zu verteidigen. Selbst wenn Biden nicht senil wäre, würde der Mangel an politischer Entschlossenheit, Israels Aggression zu stoppen, bestehen bleiben. Was die Regierungen Britanniens, Deutschlands, Frankreichs, Japans und anderer fortgeschrittener „Demokratien“ betrifft, so sind sie Kriecher, die sich der Aufrechterhaltung der US-Weltordnung verschrieben haben, selbst wenn dies zur

Fortgesetzt auf Seite 22